

Vorstandsmitglieder immer da waren. Wir dürfen auch keinen schlechteren Eindruck machen als die Vertreter in Italien, Holland usw.

Adenauer: Ich möchte dringend darum bitten, die genauen Angaben den einzelnen Herren noch schriftlich mitzuteilen. Es ist noch die Frage offen, ob wir Herrn Fanfani⁷⁶ von hier aus ein Glückwunschtelegramm schicken sollen. Man ist dort noch mitten in der Debatte. Wie ich höre, soll die Debatte in der Kammer bis Ende der nächsten Woche dauern. (*Johann:* Ich würde sagen, zu gegebener Zeit!) Er hat es schon getan, ich noch nicht. Sollen wir noch warten? (*Zurufe:* Ja!) Also Sie geben diesen Auftrag.

Dann wollen wir damit die heutige Bundesvorstandssitzung schließen. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

5

Kiel, 18. September 1958

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bauknecht, Blumenfeld, [Cillien], Dichtel, Erhard, Etzel, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, Hellwig, Kiesinger, Kraske, Krone, Lemmer, Lücke, Meyers, Noltenius, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Stoltenberg, Frau Weber, Wuermeling.

Verschiedenes: Wahl stellvertretender Parteivorsitzender. Vorbereitung des 8. Bundesparteitags.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 13.15 Uhr

Adenauer: Liebe Parteifreunde! Wir wollen uns gegenseitig begrüßen zu Beginn des Parteitages in diesem Vorstand. Ich möchte zunächst Herrn Kollegen von Hassel und seinen engeren Mitarbeitern herzlich danken für die sehr umfangreichen Vorarbeiten, die getroffen werden mußten zu diesem Parteitag; denn die Anmeldungen zu diesem Parteitag sind noch zahlreicher als beim letzten Bundesparteitag in Hamburg. Dabei ist Kiel keine ausgesprochene Hotelstadt.

Dann möchte ich Herrn Dichtel auch in Ihrem Namen herzlich beglückwünschen zu seinem heutigen Geburtstage. (*Beifall.* – *Dichtel:* Wer hat Ihnen das schon wieder gemeldet, Herr Bundeskanzler?) Sie haben nicht das Wort! (*Weber:* Wie alt wird er?) Es ist Geburtstag, Frau Weber. (*Zuruf:* 57!) Er ist relativ sehr jung, er hat aber trotz seiner „Jugend“ sehr vieles geleistet und gearbeitet und unsere Gedanken vertreten, und zwar in Südbaden, obwohl er im Sauerland geboren ist. Wir sind ihm von Herzen dankbar für seine Arbeit, und wir wünschen ihm noch viele gute und schöne Jahre. (*Beifall.*)

⁷⁶ Amintore Fanfani (geb. 1908), 1958–1959, 1960–1962, 1962–1963 und 1982–1983 italienischer Ministerpräsident (DC).

Die Tagesordnung ist sehr kurz, aber vielleicht wird mehr gesprochen werden, als sich zunächst erkennen läßt. Ich möchte Sie bitten, mir zu gestatten, den Punkt „Verschiedenes“ vorwegzunehmen, damit wir eine sehr wichtige Angelegenheit in Ruhe miteinander besprechen können.

VERSCHIEDENES: WAHL STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER

Adenauer: Sie wissen, daß ich am Montag abend aus Colombey-les-deux-Églises zurückgekommen bin.¹ Ich fand dann am anderen Morgen einen Brief des Herrn Kollegen Kaiser vor, in dem Herr Kaiser ganz gegen alle Erwartungen mir mitteilte, daß er nicht gewillt sei, sich wieder zur Wahl als stellvertretendes Vorstandsmitglied zu stellen.² Als Grund führt er seinen Gesundheitszustand an, der sich nicht so gebessert habe, wie er das gehofft habe. Er hat mich gebeten, den Brief dem Parteitag vorzulesen. Das werde ich tun. Seine Gründe sind so, daß man – leider Gottes – nichts dagegen sagen kann.

Aber soweit ich mich habe unterrichten können, ist diese Nachricht doch den meisten unserer engeren Parteifreunde völlig überraschend gekommen. Es erhebt sich damit die Frage: Wie sollen der engste Vorstand, der Vorsitzende und die vier Stellvertreter, aussehen? Wie soll die Wahl ausfallen? Es ist außerordentlich erwünscht, daß wir uns über diese Frage hier in aller Offenheit aussprechen und hoffentlich auch zu einem guten gemeinsamen Ergebnis kommen. Es ist zu hoffen, daß dann in den anderen Parteigremien keine Diskussion mehr darüber nötig sein wird.

Ich darf Sie daran erinnern, daß seinerzeit in Stuttgart, als unser Freund Arnold gewählt wurde, dann nachher, weil sie etwas plötzlich kam, diese Wahl zu allen möglichen Diskussionen in der Presse Anlaß gegeben hat. Und das ist niemals gut für das Ansehen einer Partei. Ich habe gestern abend Herrn von Hassel und heute früh die Herren Krone und Meyers von diesem Brief des Herrn Kollegen Kaiser unterrichten können. Ich möchte Sie bitten, sich über diesen Fragenkomplex auszusprechen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Darf ich gleichzeitig die Gelegenheit benutzen, den Vorstand bei uns in Kiel herzlich willkommen zu heißen. Wir haben uns – und das wird heute und morgen im Plenum des Parteitages zum Ausdruck kommen – außerordentlich darüber gefreut, daß Sie den Weg zu uns nach Schleswig-Holstein genommen haben. Ich darf mich in dieser Stunde vielleicht auf ein kurzes Grußwort beschränken.

1 Besuch Adenauers bei de Gaulle in Colombey-les-deux-Églises am 14. und 15. September 1958. Vgl. AdG 1958 S. 7292f. und ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 424–436.

2 Jakob Kaiser war von 1950 bis 1958 stv. CDU-Vorsitzender. In einem Brief an Adenauer vom 14. September 1958 teilt er mit, daß er wegen der Folgen eines Schlaganfalles nicht mehr für das Amt des stv. Vorsitzenden zur Verfügung stehe. Abdruck des Briefes in CDU-Parteitagsprotokoll 1958 S. 7 und UfD 39 vom 25. September 1958 S. 6. Antwortschreiben Adenauers vom 21. September 1958 in Tilman MAYER (Hrsg.): Jakob Kaiser: Gewerkschaftler und Patriot. Köln 1988 S. 686f. – Biographische Hinweise in PROTOKOLLE 1 S. 6 Anm. 27 und EBD. 2 S. 16 Anm. 54.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns gestern abend über die Nachfolge Gedanken gemacht. Es sieht zunächst so aus, daß für unseren verstorbenen Freund Karl Arnold ein einheitlicher Vorschlag zu erwarten ist, der in Richtung unseres Kollegen Blank geht. Ich weiß nicht, ob das richtig gesehen ist, aber nach allem, was z.Z. gleichsam „drin“ ist, dürfte damit zu rechnen sein, daß Arnold durch Blank ersetzt wird.

Die Frage ist nun, wie soll es gestaltet werden bei der Frage der Nachfolge für Jakob Kaiser. Jakob Kaiser ist in zwei Eigenschaften – wie er in dem Schreiben an den Herrn Bundeskanzler darlegt – Stellvertreter gewesen, und zwar a) als ein Mann der Zone, als ein Mann Berlins mit der Blickrichtung hinter den Eisernen Vorhang und b) als ein Vertreter der Arbeitnehmer. Wenn man nun Überlegungen anstellt, wie nun die Nachfolge für Jakob Kaiser aussehen soll, dann besteht zunächst kein Zweifel daran, daß der Nachfolger einer unserer katholischen Freunde sein müßte. Wenn man aber Überlegungen anstellen wollte, ob nun die Eigenschaft als Vertreter der Zone oder als Vertreter der Arbeitnehmer das Primäre sein soll, dann könnte darüber wohl eine sehr lange Diskussion entstehen. Ich hoffe, daß Sie es mir nicht übelnehmen, wenn ich sage, an der Zonengrenze sollten wir darüber nachdenken, daß wir einen profilierten Mann haben müssen, der von drüben her diesen Kontakt zu uns bildet. Die Überlegungen werden vermutlich dann dahin gehen, daß – ein Name, der in der letzten Zeit bereits diskutiert worden ist – als Vertreter Dr. Krone in die engste Wahl gezogen werden sollte.

Ich könnte mir vorstellen, daß Dr. Krone, der mit einem gerüttelt Maß an Arbeit ohnehin belastet ist, sagen wird, neben der Fraktionsführung kann ich dieses Amt nicht wahrnehmen. Ich bin aber der Meinung, wenn ich das unter dem Strich sagen darf, daß es gut ist, wenn Leute, die schon viel zu tun haben, noch mehr tun; denn die finden immer noch ein wenig Zeit. (*Zuruf: Komische Logik! – Heiterkeit.*) Ich bin dafür, daß wir hier in aller Offenheit darüber diskutieren sollten und dann zu Vorstellungen kommen müßten, die man am Freitag nachmittag auf dem Parteitag mit einer eindrucksvollen Mehrheit realisieren kann. Nachdem die Frage „Blank für Arnold“ im wesentlichen klar ist, sollte man zunächst einmal hören, ob dazu noch andere Überlegungen gemacht werden, die sich vielleicht rückwirkend auf die zweite Frage auswirken könnten.

Gradl: Meine Parteifreunde! Sie können sich denken, daß für uns aus der Exil-CDU Berlin diese Frage etwas bedrückend ist, die Tatsache überhaupt, daß wir hier vor diese Frage gestellt werden. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich mehrfach in jüngster Vergangenheit zusammen mit Ernst Lemmer und Krone dem Jakob Kaiser zugeredet habe, er möge wieder kandidieren. Ich habe das nicht etwa getan, weil ich mir über seinen Gesundheitszustand im unklaren gewesen bin. Es ist gar kein Geheimnis, daß er in seiner Bewegung sehr behindert ist, aber er ist geistig völlig klar und nimmt an allem Anteil wie immer. Und Rat und Meinung hätte man bei ihm immer wieder holen können.

Ich habe ihm zugeredet, auch Lemmer und Krone, weil wir der Meinung waren

und sind, daß man an dem kleinen Kreis der Männer, die aus der Zeit vor 1933 hinübertreten in die Christlich-Demokratische Union, nach Möglichkeit festhalten sollte, so lange es eben geht. Jakob Kaiser ist einer von denen, die wesentlich dazu beigetragen haben, das Gesicht unserer Partei zu prägen und daß sie überhaupt in Berlin und in der Zone entstanden ist. Da die oberste Repräsentanz der Partei der Vorsitzende und seine vier Stellvertreter sind, waren wir der Meinung, es wäre gut, wenn Jakob Kaiser so lange dabeigebblieben wäre, wie es eben geht.

Wir sind vorgestern morgen bei ihm gewesen, und da hat er mir seinen Entschluß mitgeteilt. Um sich nicht mehr wählen zu lassen, hat er mir gesagt, daß er den Brief an den Bundeskanzler schon vorher abgeschickt habe, so daß kein Zureden mehr möglich war. Das ehrt diesen Mann. Im Grunde konnte man, so wie er ist, nichts anderes von ihm erwarten, aber ich hätte doch gewünscht, es wäre uns der Raum geblieben, hier zu sagen, wir wollen ihn, solange diese Möglichkeit besteht, einen solchen Mann in der obersten Spitze unserer Partei zu haben, auch behalten.

Nun zu der anderen Frage, was werden soll! Nicht nur wir in unserem engeren Bereich Berlin und der ehemaligen Zone, sondern darüber hinaus auch noch andere Freunde begrüßen, was Herr von Hassel gesagt hat, daß nämlich in der obersten Repräsentanz der Partei wiederum einer sein muß, der nach seiner ganzen bisherigen politischen Arbeit und seiner Herkunft einer von denen ist, die die Christlich-Demokratische Union Berlins und der Zone repräsentieren. Es würde einfach nicht verstanden werden, wenn wir nicht dafür sorgten, daß einer aus diesem Bereich in der obersten Repräsentanz der Partei wäre. Dann bleibt die Frage übrig: Wer? Ich mische mich nicht ein und denke nicht daran, etwas zu der Frage zu sagen, wer der Nachfolger von Arnold werden soll. Das lasse ich jetzt beiseite. Für uns gibt es eine doppelte Möglichkeit; eine davon wäre Ernst Lemmer als Vertreter von Jakob Kaiser, die andere Möglichkeit wäre, wenn man bei dieser optischen Darstellung der Parteiführung an die konfessionelle Balance denkt – und das muß man – ein Mann, der die schwarze Farbe hat, und das ist dann Heinrich Krone. (*Heiterkeit über die „schwarze Farbe“.*) Zwischen diesen beiden liegt die Wahl, aber nicht etwa, weil wir irgendwelche Unterschiede der Qualität oder sonst etwas sehen, sondern weil man an die allgemeine Balance denken muß. Ich würde es für richtig halten und schlage vor, daß wir uns darauf verständigen, Heinrich Krone – nicht wahr, Ernst Lemmer, es geht nicht anders – als den Nachfolger für Jakob Kaiser [zu] wählen. Damit füllen wir gewissermaßen die Position aus, die der CDU Mitteldeutschlands und Berlins vom Beginn der Partei an zugestanden hat und auf der wir selbstverständlich beharren.

Adenauer: Ehe ich Herrn Albers³, der sich zum Wort gemeldet hat, das Wort gebe, habe ich noch nachzuholen, daß sich Frau Brauksiepe und die Herren Gurk und Pferdenges entschuldigt haben. Noch ein Wort! Ich habe eben einen Nachruf

3 Johannes Albers (1890–1963), 1946–1950 MdL NW (CDU), 1949–1957 MdB, ab 1958 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU. Vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 14 Anm. 1.

an unseren Freund Karl Arnold weggelassen; ich wollte das bei der Eröffnung des Parteitages tun. Das ist wohl richtig. Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Die Angelegenheit Kaiser hat mich persönlich stark überrascht. Ich habe mich seit über 14 Tagen bemüht, ihn zu bewegen, sein Amt beizubehalten. Ich war überrascht über den Brief, in dem er Ihnen, Herr Bundeskanzler, mitgeteilt hat, daß er nicht mehr bereit sei aus den bekannten Gründen, diese Aufgabe weiter zu übernehmen. (*Bewegung und Unruhe.*) Ich habe jetzt eine Bitte, daß mir nämlich die Kollegen Gradl und Lemmer gefälligst zuhören mögen! (*Lemmer:* Wir hören doch zu! – *Gradl:* Tun wir immer!) Ich hielt es für richtig, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, noch im Laufe dieses Vormittags mit dem Herrn Kaiser über diese Angelegenheit einmal telefonisch sprächen. Vielleicht wird er noch zupacken! Bis in die vorige Woche hat er mir gegenüber noch immerhin eine gewisse Zustimmung auf weitere Ausübung seines Amtes gegeben. Ich möchte weiter dazu sagen, im Fünfmännerkollegium saß als erster Herr Jakob Kaiser als freier Mann, als Repräsentant der Zone, aber auch als maßgebender Vertreter der Christlichen Arbeiterbewegung, als der Beste, den wir aufzuweisen haben. Jakob Kaiser erhielt im Jahre 1956 eine Ergänzung durch Karl Arnold. Die Tatsache, daß Kaiser und Arnold, zwei Männer aus der Christlichen Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1933, da oben in dem kleinen maßgeblichen Kollegium saßen, hat in weitesten Arbeiterkreisen vorbildlich gewirkt.

Nun weiß ich, daß es für Jakob Kaiser einen Ersatz aus der Christlichen Arbeiterschaft nicht gibt, und ich muß mich mit den Fakten abfinden, daß Dr. Krone oder Dr. Gradl diese Aufgabe übernehmen, wenn Jakob Kaiser nicht im letzten Augenblick noch umgestimmt werden kann. Ich würde die weitere Berufung Jakob Kaisers im Interesse der Partei und im Interesse derjenigen Gruppen begrüßen, die in den nächsten Monaten und Jahren einen schweren Kampf gegen die SPD und die Gewerkschaften zu führen haben werden.

Hinsichtlich der Nachfolge für Karl Arnold sind wir in den rheinisch-westfälischen Sozialausschüssen mit Mehrheit dafür, daß Theo Blank diese Nachfolge antritt. Ich nehme an, daß der Bundesparteitag diesen Vorschlag akzeptieren wird. Ich wiederhole nochmals, Herr Bundeskanzler, vielleicht besteht noch die Möglichkeit, Jakob Kaiser umzustimmen; denn es würde für uns, die wir in den nächsten Jahren scharfe Auseinandersetzungen mit der SPD und den Gewerkschaften führen müssen, eine wesentliche Erleichterung bedeuten, wenn in dem Fünfmännerkollegium da oben zwei Leute aus der früheren Christlichen Arbeiterbewegung säßen.

Adenauer: Ich hatte Herrn Kollegen Kaiser vorher geschrieben und ihn gebeten, doch zu bleiben. Dann sind die Herren Krone und Lemmer bei ihm gewesen, und Herr Kaiser hat dann seinen Entschluß, sich nicht mehr zur Wiederwahl zu stellen, verlauten lassen. Er hat mir dann den Brief geschrieben und hat einer Anzahl seiner engeren Freunde, wie er mir mitgeteilt hat, eine Abschrift dieses Briefes zugeschickt. Er hat also ganz offenbar einen festen Entschluß gefaßt. Und wenn er in dem Brief ausdrücklich von seiner mangelnden Bewegungsfähigkeit schreibt, dann

meine ich, sollten wir an unseren Freund Kaiser, der sich ganz offenbar zu diesem Entschluß durchgerungen hat, nicht weiter herantreten.

Soweit ich Herrn Kaiser kenne – und ich glaube, ich kenne ihn und kann ihn beurteilen –, ist es für ihn eine Gewissensfrage, ob er noch bleiben soll oder nicht bleiben soll. Und nun Herrn Kaiser, nachdem er sich dazu durchgerungen hat, nochmals vor die Frage zu stellen: „Nimm es doch an!“ – das scheint mir, verzeihen Sie, wenn ich das so offen ausspreche, Herr Albers, menschlich kaum verantwortlich zu sein. Er hat es nicht unüberlegt getan, sondern nach einem langen Kampf und in voller Einsicht seines körperlichen Zustandes. Wir sollten ihn jetzt nicht von neuem in diese Frage hineinstürzen. Ich meine, Herr Albers, wenn ich mich in die Lage Kaisers versetze, dann ist das etwas grausam. Ich weiß auch nicht, so sehr ich Ihre Beweggründe anerkenne, Herr Albers, über die Notwendigkeit, auch gegenüber der gesamten Arbeiterschaft entsprechend vertreten zu sein, ob Sie das erreichen, wenn gleichzeitig bekannt wird – und das wird bekannt –, daß er sehr schwer beweglich ist und er an den Sitzungen dieses engeren Gremiums überhaupt nicht teilnehmen kann.

Sie müssen genauso gut von seiten der Sozialdemokratie oder von den kommunistischen Arbeitern erwarten, daß gesagt wird, die halten den Kaiser noch fest, weil sie wissen, er kann tatsächlich nicht mehr mitkommen. In Wirklichkeit sind nämlich die Arbeiterinteressen nicht vertreten. Das kann man genau sagen. Ich weiß, daß die Entscheidung darüber sehr schwer ist, wie man das Ganze machen soll, aber ich glaube, es ist besser, dieser Angelegenheit nicht aus dem Wege zu gehen, sondern den Versuch zu machen, heute hier zu einer Verständigung zu kommen und gleichzeitig auch zu erreichen, daß im Plenum eine möglichst einmütige Stellungnahme erfolgt. Herr Albers, gerade die Tatsache, daß Herr Kaiser den Brief absichtlich so spät an mich gerichtet hat, daß ich gar nichts mehr tun konnte – am Dienstag morgen habe ich ihn bekommen –, zeigt doch, daß er nun entschlossen ist, einen Strich zu machen. Vielleicht ist das auch für seine ganze Verfassung gut, weil er aus den Gewissensbedenken, ob er diese Aufgabe tatsächlich noch erfüllen kann, herauskommen möchte.

Albers: Herr Bundeskanzler! Ich verstehe Ihre Argumente. Sie müssen mich aber auch verstehen. Ich habe mit dem Mann seit 1912 in engster Gemeinschaft gestanden. Sie wissen, Herr Bundeskanzler, wie wir beide mit Kaiser in Köln in Ihrer Zeit als Oberbürgermeister zusammengearbeitet haben. Die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit der SPD und den Gewerkschaften sind nicht leichter Art. Dabei möchte ich gerade den Mann, der nach meiner Auffassung heute in einem bedeutend besseren Zustand ist als vor einem Vierteljahr, nicht missen, wenn große Entscheidungen getroffen werden müssen. Wenn er mit an der Spitze der Partei steht, dann wird die Situation für die wenigen, die aus der früheren Christlichen Gewerkschaftsbewegung noch da sind, wesentlich leichter werden. Das sind also die rein politischen Überlegungen.

Da er mir noch vorige Woche erklärt hat: Lieber Johannes, ich will mir die Sache noch überlegen und bin unter Umständen bereit, ... dann konnte ich nicht

damit rechnen, vorgestern nun diesen abschlägigen Brief zu bekommen. Also, Herr Bundeskanzler, ich verstehe Ihre logischen Darlegungen, aber Sie müssen sich auch vorstellen, in welcher Situation ich jetzt stehe. Ich wäre also dafür, daß wir ihn behalten; denn Kaiser würde für die Arbeiterschaft noch ein Programm bedeuten.

Adenauer: Es ist nach meiner Meinung nicht gut möglich, daß mir als dem Vorsitzenden jetzt ein Mandat gegeben wird, ihn zu bitten, seinen Entschluß zurückzuziehen. Ich glaube, die Meinungen darüber, es so zu machen, wie Sie es vorschlagen, Herr Albers, sind doch geteilt. Wollen wir es, oder was sollen wir nun machen in diesem Fall?

Wenn ich bei Kaiser wäre und ich wüßte – und ich glaube, man kann annehmen, daß er das getan hat –, daß er sich nach reiflichster Überlegung entschlossen hat, das zu tun, dann würde ich ihm sagen: Lieber Freund, es ist in Deinem Interesse richtig, wenn es bei diesem Entschluß bleibt. Man muß doch auch bei Herrn Kaiser etwas auf den Menschen sehen. Versetzen Sie sich doch in seine Lage. Ich kann mir vorstellen, daß er unter seiner Krankheit außerordentlich leidet. Sie haben, Herr Albers, von den Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten und Jahren gesprochen. Er kann aber doch gar nicht daran teilnehmen. Dann wird er sich ständig quälen und sagen, was tue ich jetzt noch in der ganzen Sache; man gebraucht noch meinen Namen und weiter nichts. Wenn Sie sich in diese Situation hineindenken, Herr Albers, dann sollten Sie an seine Person denken und darauf verzichten.

Aber vielleicht wird einmal aus der Mitte des Vorstandes von einem, der ganz neutral diesen Dingen gegenübersteht, dazu etwas gesagt. Das wäre sehr wünschenswert.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich habe vor einigen Monaten unseren Freund Kaiser in Berlin besucht und mich sehr darüber gefreut, sehen zu können, daß es ihm jedenfalls sehr viel besser ging als vor einem Jahr. Ich kann nur hoffen, daß diese Entwicklung in Richtung auf die Genesung angehalten hat. Das ist das eine.

Das zweite ist, Herr Bundeskanzler, daß ich mit unserem Freund Albers übereinstimme. Die Situation ist verhältnismäßig ernst zu beurteilen. Ich sage nur, verhältnismäßig ernst. Sicher wäre es für die CDU sehr gut, an der Spitze sichtbar einen Mann zu haben, der auf den leistungswilligen Teil der deutschen Arbeiterschaft – dem es allmählich zu dumm wird, auf sozialdemokratische Parolen und auf die Propaganda der Gewerkschaften zu hören und sich an der Nase herumführen zu lassen – eine starke Anziehungskraft ausübt. Es ist unbestritten, lieber Freund Albers, daß unser Freund Jakob Kaiser in diesem Punkt unserer Partei einen großen Dienst in vielen Jahren geleistet hat. Das ist es ohne Zweifel. Ich muß noch sagen, Herr Bundeskanzler, daß Jakob Kaiser, wenn man sich die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen ansieht, in vielen Teilen der Gewerkschaftler, die uns nicht günstig gesonnen sind, mehr Respekt und Ansehen genießt als das, was wir sonst vorzeigen können.

Aber, mein lieber Freund Albers, nun muß ich folgendes sagen. Es gibt natürlich

eine Grenze. Der Nutzen einer Partei in allem Respekt und in allen Ehren, wir können aber nicht – wenn wir das wollen, was wir sagen – mit einer Kraft antreten, von der wir uns nur noch den Namen leihen, sondern dann sollten wir schon jemand an der Spitze haben, der nicht nur mit dem Namen, sondern auch mit seiner Tat und seiner Energie auftritt. Und hier ist meine ernste Frage, lieber Freund Albers, können wir das von unserem Freund Jakob Kaiser, der so schwer krank ist, verlangen? Hier muß man nicht nur menschlich, sondern auch nüchtern sein.

Ich hätte nichts dagegen, Herr Bundeskanzler, jetzt noch mit Jakob Kaiser zu telefonieren; nur würde ich es Ihnen nicht zumuten, Herr Bundeskanzler. Ich hätte aber allerhand dagegen, wenn wir ihm sagten: Lieber Freund! Wie es auch geht und in welchem Zustand Du Dich befindest, Du mußt bleiben! So kann man es nicht machen. Wir müssen also sehen, den geeigneten Ersatz zu bekommen. Lieber Freund Albers! Wenn er nicht aus den Reihen der christlich-demokratischen Arbeiterschaft im engeren Sinne kommt, dann finde ich die Gesichtspunkte, von denen Freund Gradl gesprochen hat, richtig und anerkennenswert. Dann bin ich der Meinung, daß der gemachte Vorschlag durchaus diskutiert und über die Bühne gebracht werden kann. Wir müssen aber vermeiden, daß es in den Parteigremien eine Diskussion darüber gibt. Das hat keinen Zweck. Das darf auf keinen Fall passieren.

Ich resümiere: Ich hätte nichts dagegen, wenn man mit Jakob Kaiser oder seiner Frau⁴ heute vormittag telefonieren würde, aber ich bitte dringend darum, nicht zu sagen: Du mußt bleiben, egal wie es Dir geht.

Albers: Das Letzte habe ich doch gar nicht gesagt: Egal wie es ihm geht! Ich kann nur feststellen, daß es ihm im letzten Vierteljahr besser geht als vorher. Ich habe vor einigen Wochen einen großen Unterschied gegenüber der damaligen Zeit bei ihm festgestellt. Sie müssen sich in meine Lage versetzen. Ich habe mit ihm darüber gesprochen. Wir waren uns vor einigen Wochen einig. Und nun erhalte ich am Dienstag diese Mitteilung. Ich denke an die Zukunft. Darum würde ich jetzt vorschlagen – ob es gelingt, weiß ich nicht –, daß wir den Herrn Bundeskanzler bitten, den Herrn Dr. Gerstenmaier zu ermächtigen, mit Jakob Kaiser einmal kurz telefonisch zu sprechen.

Adenauer: Herr Albers! Haben Sie die Abschrift des Briefes von Herrn Kaiser bei sich? Ich habe den Brief im Hotel. Würden Sie die Abschrift einmal vorlesen; dann bekommen Sie einen Einblick in den Sache.

Albers: Zuerst darf ich den Brief vorlesen, den er mir geschrieben hat:
„Lieber Johannes! Beifolgend übersende ich Dir als dem verantwortlichen Mann der Sozialausschüsse Abschrift meines Schreibens an den Herrn Bundeskanzler, daß ich mich bei der Fortdauer meiner Erkrankung verpflichtet fühle, mein Amt als stellvertretender Vorsitzender der Partei zur Verfügung zu stellen.“

4 Elfriede Kaiser-Nebgen (1890–1983), 1945–1948 Mitgründerin und Vorsitzende der CDU-Frauenausschüsse in der SBZ, 1948 Flucht aus der SBZ, seit 1948 Bildungsarbeit für die CDA, 1953 Eheschließung mit Jakob Kaiser (vgl. Anm. 2).

Ich habe die Rückkehr des Bundeskanzlers abgewartet, um ihm selbst über diesen meinen Entschluß Mitteilung zu machen. Du wirst verstehen, daß für mich der Entschluß nicht leicht war.

Mit freundlichen Grüßen von Haus zu Haus.“

Dann kommt das Schreiben an den Herrn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer: „Verehrter Herr Bundeskanzler! Es ist mir sehr schmerzlich, nun, da Sie aus Ihrem Urlaub⁵ an den Rhein zurückgekehrt sind, mitteilen zu müssen, daß ich auch an unserem diesjährigen Parteitag nicht teilnehmen kann. Meine Erkrankung, die sich nach wie vor als hartnäckig erweist, duldet es nicht.

Da nun aber der Parteitag in diesem Jahr auch die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter vorzunehmen hat, mußte ich prüfen, ob ich bei meiner Erkrankung das Recht habe, noch das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden zu bekleiden. Angesichts der Tatsache, daß ich meine volle Bewegungsmöglichkeit noch immer nicht wiedererlangt habe, muß ich das leider verneinen und damit darauf verzichten, mich noch einmal als stellvertretender Vorsitzender zur Wahl stellen zu lassen.

Ich werde meinen engeren Freunden von diesem meinem Schreiben an Sie und von meinem Entschluß Kenntnis geben. Es bedarf dabei Ihnen, Herr Bundeskanzler, wie allen meinen engeren Freunden gegenüber nicht der Betonung, wie schmerzlich es mir ist, diese Entscheidung treffen zu müssen. Ich bin mit unserer Parteigemeinschaft, deren Idee vor allem auch aus dem Kreise meiner Freunde in der Widerstandsbewegung Gestalt annahm und die in der größten Notzeit unseres Volkes verwirklicht wurde, seit ihrem Beginn auf das engste verbunden.

Sie wissen, Herr Bundeskanzler, wie sehr mir daran lag, die Christlich-Demokratische Union durch eine entschlossene soziale Politik, insbesondere auch für breite Kreise der Arbeiterschaft, zur politischen Heimat werden zu lassen und ihr zugleich auch in der Bemühung um die Wiedervereinigung unseres Volkes den ersten Rang zu sichern. Ich wußte ja seit dem Bestehen unserer Partei, wie groß das Vertrauen war und ist, das insbesondere auch die Zone ihr vom ersten Tage an entgegenbrachte. Ich habe für diese beiden Ziele meine besten Kräfte eingesetzt, und ich werde ihnen weiter dienen, soweit es meine Kraft noch erlaubt, auch wenn ich meiner Erkrankung wegen nicht mehr an sichtbarer Stelle stehen kann.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, dieses mein Schreiben dem Parteitag zur Kenntnis zu bringen und die Parteifreunde zugleich wissen zu lassen, daß ich mit meinem Dank für alle Freundschaft und alles Vertrauen meine aufrichtigen Wünsche für Sie und für die Partei und ihre verantwortungsvolle Aufgabe verbinde. Mit meinen aufrichtigen Wünschen, insbesondere auch für Sie, Herr Bundeskanzler, und mit meinem Dank für Ihr Vertrauen verbleibe ich Ihr ergebener Jakob Kaiser.“

5 Adenauer machte Urlaub in Cadenabbia am Comer See vom 8. August bis 13. September 1958 (ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 424; BUCHSTAB: Cadenabbia.

Adenauer: Ich habe natürlich sofort dem Herrn Kaiser darauf geantwortet. Das nur nebenbei bemerkt. Aber aus dem Brief ersehen Sie doch, daß er eben der Überzeugung ist: Ich kann nicht mehr die Sache weitermachen. Man sollte also mit Respekt davon ausgehen, daß er die innere Kraft hat, nun zu sagen: Ich kann nicht mehr, bitte wählt mich nicht wieder.

Aber lassen Sie mich nun das Wort zur Sache einmal nehmen. Die vier stellvertretenden Vorsitzenden sind folgende Herren: Gerstenmaier, Kaiser, Arnold und von Hassel. Herr Kaiser ist Vertreter der Zone und der Arbeitnehmer. Wir hatten aber auch Herrn Arnold als Vertreter der Arbeiterinteressen. Wenn nun Herr Blank von den Arbeitnehmergremien unserer Partei als der geeignete Mann betrachtet wird, um im engeren Vorstand für die Belange der Arbeitnehmerinteressen einzutreten, dann sind wir es auch Ost-Berlin und der Zone schuldig, daß für sie ein stellvertretendes Vorstandsmitglied da ist. Sie dürfen nicht nur auf die Arbeitnehmerinteressen sehen, sie müssen auch sehen auf Berlin und die Zone. Und dafür muß in den engeren Vorstand nach meiner Auffassung ein Mann hinein, der im vollen Besitz seiner körperlichen Kräfte ist. Und das ist leider Gottes unser Freund Kaiser nicht mehr. Ich bitte Sie, das zu überlegen. Es würde sicher einen unguten Eindruck in der Öffentlichkeit machen, wenn sie hörte: Herr Kaiser hat seine Bewegungsfähigkeit nicht mehr, er kann deswegen an diesem Parteitag nicht mehr teilnehmen. Man weiß auch nicht, ob er in Zukunft seine Bewegungsfähigkeit einigermaßen wiederbekommen wird, und trotzdem wählt der Parteitag ihn zur besonderen Vertretung der Zone und der Arbeitnehmer. Ich halte das nicht für richtig.

Altmeier: Ich habe den Brief, der eben verlesen worden ist, mit sehr großer Aufmerksamkeit verfolgt. Es steht in dem Brief nicht drin: Herr Kaiser tritt zurück. Er sagt zwar sehr deutlich, die und die Umstände bewegen mich dazu, er sagt, ich stelle mein Amt zur Verfügung.

Adenauer: Nein, Herr Altmeier, er schreibt, daß er dadurch genötigt ist, sich nicht noch einmal zur Wahl zu stellen. Das ist der Satz, von dem Sie sprechen. Herr Albers, lesen Sie noch einmal bitte vor!

Albers: Er schreibt: „Angesichts der Tatsache, daß ich meine volle Bewegungsmöglichkeit noch immer nicht wiedererlangt habe, muß ich das leider verneinen und damit darauf verzichten, mich noch einmal als stellvertretender Vorsitzender zur Wahl stellen zu lassen.“

Altmeier: Ich wollte sagen, das ist ja nicht die letzte Möglichkeit! Es ist etwas anderes, ob ich von vornherein sage, ich will nicht mehr, oder aus der inneren Verantwortung heraus erkläre, ich kann nicht mehr aus den und den Gründen mich zur Verfügung stellen. Dieser Unterschied tritt doch zutage, und ich wäre deshalb dafür, daß wir dieses Telefongespräch führten. Im übrigen wird bei der Zusammensetzung des Präsidiums immer zuviel auf die Vertretung der einzelnen Interessen geschaut. Halten wir einmal Rückschau und denken wir an Königstein, wo wir die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands zunächst nur gründen

konnten aus den damaligen Verhältnissen heraus.⁶ Jakob Kaiser ist doch damals als Persönlichkeit gewählt worden. Bei aller Betonung dieser oder jener Notwendigkeit sollten wir, wenn wir ein Präsidium wählen, nicht zunächst fragen, ist der Betreffende ein Vertreter dieser oder jener Gruppe, sondern wir müssen dafür sorgen, daß es sich dabei um vier oder fünf ausgezeichnete, geprägte und bekannte Persönlichkeiten handelt, ehe wir fragen, woher sie kommen. Die starke Berücksichtigung der Interessen scheint mir aus der Entwicklung von Königstein her und aus dem Gedanken heraus, daß Jakob Kaiser damals als alleiniger Vertreter gewählt wurde, falsch zu sein. Sonst müßten wir ja das ganze Präsidium neu wählen. Und dann könnten und müßten wir vielleicht auch andere Gruppen und Gruppierungen ins Auge fassen, um den verschiedenen Wünschen nunmehr Rechnung zu tragen.

Noltenius: Der Brief von Herrn Kaiser ist völlig eindeutig. Ich bin entschieden dagegen, Herrn Kaiser in irgendeiner Form zu bedrängen und seine Auffassung und seinen Entschluß zu verwirren. Ich bin ferner der Ansicht, wenn irgend jemand diesen Versuch machen will, daß es sich nicht gehört, das durchs Telefon zu machen. Solche Gespräche können nicht über den Draht gehen, sondern allenfalls unter vier Augen von Mann zu Mann geführt werden. Telefonieren geht nicht. Ich halte im übrigen den Versuch nicht für richtig und bin der Ansicht, daß eine Partei wie die unsrige mit einem so schmerzlichen Verlust fertig werden muß und daß es unserem Ansehen nicht dienen würde, wenn wir jetzt mit Druck oder Zwang einen Mann, der uns offen erklärt hat nach reiflicher Überlegung, er könne es nicht mehr, doch wiederum auf diesen Platz setzen, weil wir der Ansicht sind, wir können sein persönliches Ansehen nicht entbehren. Wir sollten daher zum nächsten Schritt übergehen und uns darüber unterhalten, wer an diesen Platz tritt.

Adenauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Eine Abstimmung in einer so delikaten Sache ist ungemein schwierig und peinlich, und man muß sie, wenn irgend möglich, zu vermeiden suchen. Ich stimme Herrn Noltenius darin zu, daß man Herrn Kaiser telefonisch nicht sagen kann oder soll, bitte ziehe das zurück. (*Weber:* Sehr richtig!) Mein ganzes Gefühl, Herr Albers, sträubt sich dagegen. (*Weber:* Er kann gar nicht ans Telefon gehen!)

Gradl: Also, Johannes Albers, wollen wir mal ganz offen über den Tisch reden! Die Sache ist so: Er hat einen Brief geschrieben. Er hat ihn gründlich überlegt und wollte verhindern, daß man auf ihn einredet, wahrscheinlich weil jedes Einreden auf ihn zu schmerzlich gewesen wäre. So erkläre ich mir das. Jetzt haben wir diesen Brief. Mit einem Telefonat kann man einen Mann, wenn er einen solchen Brief geschrieben hat, nicht mehr überreden. (*Weber:* Sehr richtig!) Das ist nicht „drin“. Dann machen wir ihm den ganzen Schmerz noch einmal. Wenn ich mich in seine Lage versetze, dann lasse ich mich, nachdem ich mich entschieden habe, auch von einem telefonischen Anruf nicht mehr umstimmen. Deshalb sollte man das Telefonieren lassen.

⁶ Vgl. die erste Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands vom 28. und 29. August 1946 in Königstein. Protokoll in KAFF S. 17–19; vgl. auch BECKER S. 226.

Es hätte eine Möglichkeit gegeben, über die Sache hinwegzukommen, indem wir entschieden hätten, wir wählen ihn noch einmal, auch wenn er nein sagt, weil wir in dem Manne etwas sehen, auf das wir nicht verzichten wollen. Aber das wäre nur gegangen, wenn man das wiederum in einer großen spontanen Einmütigkeit gemacht hätte und wenn man davon hätte ausgehen können, daß der Parteitag das wirklich mitmacht und es keine Diskussion gibt. Ich glaube aber nicht, daß eine solche Möglichkeit nach der gehaltenen Diskussion besteht. Unter diesen Umständen ist es besser, wir nehmen den Brief, wie er ist, und finden uns damit ab, daß er nein sagt.

Albers: Jetzt wollen wir mal offen über den Tisch reden! Vorige Woche habe ich mit Jakob Kaiser über die ganze Geschichte eine Klarheit geschaffen, daß er nämlich nicht zurückzieht! So war es doch! Und jetzt erhalte ich diesen Brief. Das war für mich die größte Überraschung. Und jetzt sage ich das Letzte! Dieser Brief ist nicht allein in unserem Besitz geblieben, nicht in dem Kreis, für den er allein bestimmt war, nämlich für drei Personen. Nachdem nun dies geschehen ist und wir offen über die Dinge gesprochen haben, halte ich es für zweckmäßig, wir nehmen davon Kenntnis.

Ich würde Sie bitten, Herr Bundeskanzler, dem Herrn Kaiser für seine Arbeit in der Partei zu danken. Ich bin mit dem Mann seit 1912 gemeinsam durchs Leben gegangen. Sie wissen auch, wie wir beide zusammengestanden haben zu Ihnen, dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer, in den schwersten Zeiten damals. Ich glaube, daß da etwas mehr zu sagen ist als nur ein allgemeines Nein.

Adenauer: Das versteht sich ganz von selbst. Ich habe ihm vorgestern sehr persönlich geschrieben. Ich werde ihm natürlich auch im Auftrage des Vorstandes und des Parteitages schreiben. Er hat mich gebeten, sein Schreiben dem Parteitag zur Kenntnis zu bringen.

Fricke: Wir sollten uns jetzt sehr rasch zu dem allein möglichen Vorschlag „Dr. Krone“ bekennen. Krone weiß nicht, (*Dr. Krone hat das Sitzungszimmer verlassen*) ob wir über seine Qualifikation reden oder ob wir den Herrn Kaiser wiederwählen. Wir sollten das Thema abschließen. Mit Herrn Krone, der sich ein sehr hohes Ansehen erworben hat – das darf ich wohl mit Ihrer Zustimmung, Herrn Cillien, für Niedersachsen sagen –, haben wir einen Mann gewonnen, der ständig in Bonn zur Verfügung steht. Seine Wahl in den engeren Vorstand wird die Schlagkraft des Vorstandes erhöhen.

Adenauer: Darf ich fragen, ob Sie mit der Wahl von Herrn Krone als stellvertretender Vorsitzender einverstanden sind? (*Albers:* Herr Bundeskanzler! Ich habe in den letzten Tagen verschiedenes gehört. Ich habe die Namen Krone und Gradl gehört. Dann muß sich der Herr Gradl in diesem Augenblick auch noch dazu äußern!) Herr Dr. Gradl ist es gewesen, der Herrn Krone vorgeschlagen hat. (*Albers:* Ich habe auch schon verschiedene andere Dinge gehört. Sag es doch offen, Gradl!)

Gradl: Ich rede immer offen! Ich habe den Heinrich Krone vorgeschlagen, Johannes. Krone sitzt ständig in Bonn. Das Vertrauen der Exil-CDU und Berlins hat er. Lemmer, Krone und ich sind uns einig über den Vorschlag. Mehr können wir

nicht. Wir können nur vorschlagen. Was mich angeht, so habe ich erstens noch[!] Zeit und zweitens noch einiges andere zu tun. Ich bin der Ansicht, man soll nicht zuviel begehren auf einmal. Deswegen habe ich gesagt: Krone. Er ist ein alter Freund, lange vor 1933, der unser aller Vertrauen hat. Er sitzt in Bonn und steht immer zur Verfügung. Das ist auch wesentlich.

Adenauer: Sind Sie jetzt zufrieden, Herr Albers? (*Albers:* Ja, ich bin zufrieden.) Meine Damen und Herren! Darf ich dann feststellen, daß der Vorstand einmütig der Auffassung ist, für Herrn Kollegen Kaiser Herrn Kollegen Krone zu wählen. Im Parteitag muß diese Einmütigkeit des Vorstandes vor der Abstimmung bekanntgegeben werden. (*Weber:* Und es wird nicht mehr telefoniert!)

Meine Damen und Herren! Nun ist noch die Frage „Ersatz für Herrn Arnold“ zu klären. Soviel ich weiß, besteht ... (*Albers:* Herr Blank!) Sie schlagen Herrn Blank vor. Darf ich feststellen, daß der Vorstand einmütig dieser Auffassung ist? (*Zustimmung.*) Ich freue mich sehr darüber, meine Damen und Herren, daß wir bei einer so schwierigen personellen Frage nun eine solche Geschlossenheit zeigen können. Darin sind wir Gott sei Dank besser als andere Parteien.

Nun kommen wir zum Punkt 1 der Tagesordnung.

VORBEREITUNG DES 8. BUNDESPARTEITAGS

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Wie sollen die Vorschläge gemacht werden? Es gibt zwei Möglichkeiten. Jeder einzelne der vier wird noch einmal von irgendeinem aus der Mitte des Parteitages vorgeschlagen, oder aber der amtierende Präsident betrachtet den Vorstand als eine Art Wahlausschuß, der sich darüber geeinigt hat, dem Parteitag die und die Vorschläge zu machen. Das ist das eindrucksvollste.

Adenauer: Der letzte Vorschlag ist der richtige. Sind Sie damit einverstanden? (*Hellwig:* Soll das nicht der Parteiausschuß machen? – *Schröder:* Der soll das bestätigen. Das sollte geschehen, wenn der Erste Vorsitzende wieder gewählt ist.) Wir werden mit Herrn von Hassel darüber sprechen. Der Vorsitzende des Bundesparteitages wird Herr von Hassel sein.

Kraske: Der Vorschlag für die Zusammensetzung des Präsidiums lautet wie folgt: Präsident des Parteitages: Ministerpräsident von Hassel; Mitglieder des Präsidiums: Bundesminister Lemmer, Dr. Fay, Landtagspräsident Gockeln, Landtagspräsident Kratz⁷, Frau Dr. Jochmus, Gräfin Hagen⁸, Dr. Stoltenberg, Dr. Even⁹.

7 Wilhelm Kratz (1905–1986), Mitgründer der CDU Saar, 1955–1965 MdL Saarland (1957–1959 Landtagspräsident), 1957 MdB.

8 Marlis Gräfin vom Hagen, geb. von Rochow (geb. 1911), 1956 Eintritt in die CDU, 1958–1962 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Frauen in Schleswig-Holstein, 1964–1965 MdB, 1966–1969 Geschäftsführerin des KV Ostholstein.

9 Dr. Bert (Paul Hubert) Even (geb. 1925), Jurist; 1949–1963 Landessprecher der JU

Adenauer: Voraussetzung ist, daß sie alle anwesend sind. (*Kraske:* Sie sind alle da!) Wollen Sie etwas zum Parteitag sagen?

Kraske: Ich kann nur über den äußeren Rahmen etwas sagen. Ich muß zunächst um Entschuldigung bitten, daß die Quartiere nicht allen Ihren Wünschen und Vorstellungen entsprechen werden. Es war nicht anders möglich, und wir bitten um Verständnis dafür. Der äußere Ablauf sieht vor: Im Anschluß an diese Vorstandssitzung einen Empfang der Landesregierung im Hotel Bellevue, wo auch der Parteiausschuß heute mittag um 15 Uhr zusammentritt. Für den heutigen Abend ist außer dem Rednereinsatz des Landesverbandes nichts vorgesehen. Die Eröffnungssitzung beginnt morgen um 10 Uhr. Die Sitzung wird nachmittags um 15 Uhr fortgesetzt. Morgen abend im Anschluß an die Wahl ist ein Empfang der Stadt Kiel vorgesehen. Für die Plenarsitzung am Samstag um 9 Uhr ist nur ein Referat vorgesehen, im übrigen findet den ganzen Tag über bis abends eine Diskussion statt. Für den Samstag abend haben wir etwas vorgesehen, was es bisher auf den Parteitagen nicht gegeben hat und was wir immer vermißt haben, nämlich ein Zusammensein aller Delegierten auf einem Schiff. Die Fahrt geht über die Kieler Förde und wird gegen 24 Uhr beendet sein. Sonntag vormittag um 11 Uhr ist die Schlußsitzung. Mit der Schlußsitzung endet das eigentliche Programm. Die Kundgebung am Sonntag nachmittag um 17 Uhr ist eine Veranstaltung des Kreisverbandes Kiel, wo sämtliche Delegierten erwartet werden.

Adenauer: Wollen Sie noch ein Wort sagen über die Anträge der Redaktionskommission?

Kraske: Über die zum Parteitag vorliegenden Anträge ist bisher trotz allen Umhörens nicht viel bekannt. Das liegt daran, daß unsere Satzung über eine Antragsfrist nichts vorsieht und daß wir eine Geschäftsordnung noch nicht besitzen, so daß wir also nicht sagen können: Was jetzt nicht vorliegt, kann nicht berücksichtigt werden. Bisher liegt nur ein Antrag des Wirtschaftsausschusses vom Rheinland vor. Dieser Antrag betrifft die Diskussion am Samstag. Es ist aber damit zu rechnen, daß am Samstag aus der Diskussion heraus noch ein weiterer Antrag kommen wird. Es wird deswegen nichts anderes übrigbleiben, als daß sich der geschäftsführende Vorstand oder eine Redaktionskommission oder beide zusammen nach der Diskussion am Samstag mit den vorliegenden Anträgen befassen, dann eine Gesamtentschließung formulieren oder aber die einzelnen Anträge am Sonntag zur Abstimmung zu stellen. Für diese Redaktionskommission werden vorgeschlagen: Dr. Schröder, Kiesinger, Dr. Grادل, Dr. Hellwig, Dr. Pettenberg und Dr. Kraske.

Adenauer: An Anträgen ist bisher sehr wenig da. Wir müssen aber der ganzen Versammlung einen guten Abschluß geben. Deswegen sollten wir keine Überraschungen eintreten lassen, sondern wir sollten rechtzeitig Anträge einreichen, damit das Ganze auch einen wirklich guten Eindruck nach außen macht. Vergessen wir nicht,

Rheinland und Mitglied des Landesvorstandes der CDU Rheinland, 1955–1960 stv. Bundesvorsitzender, 1961–1963 Vorsitzender der JU, 1957–1969 MdB, 1969–1990 Präsident des Bundesverwaltungsamtes.

daß wir die Regierungspartei sind in der Bundesrepublik, und zwar schon neun Jahre lang. Vergessen wir nicht, daß nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, sondern auch die ausländische Öffentlichkeit sehr beachtet, wie dieser Parteitag aussieht.

Als ich gestern hier ankam und mich erkundigte, welche Anträge vorlägen, war das ein sehr dürftiges Ergebnis. Ich hätte den Wunsch, daß Anträge sehr bald gestellt werden. Unsere Geschäftsordnung gestattet einstweilen noch, daß jemand in der letzten halben Stunde mit einem Antrag kommt. Wir wollen vor Überraschungen bewahrt bleiben. Wenn nicht genügend vernünftige Anträge kommen, müssen wir vernünftige machen, damit wirklich etwas Ganzes nachher herauskommt.

Albers: Ich schlage vor, für die Redaktionskommission noch die Herren Lücke und Arndgen¹⁰ hinzuzuwählen. Dann sind die Gruppen etwas besser verteilt. Es werden heute abend von den Sozialausschüssen noch fünf Anträge kommen, die sich in der Linie bewegen, die wir in der großen Politik zu vertreten haben. Ich habe noch folgende Bitte an Herrn Dr. Gerstenmaier: Bringen Sie auf diesem Bundesparteitag nicht das Thema „Gewerkschaften“ allzu ausführlich zur Aussprache. Ich weiß, daß die Partei ein großes Interesse an dieser Entwicklung hat. Ich weiß auch, daß die Partei an den entscheidenden Dingen nicht vorbeigehen kann. Aber in welchem Sinne wollen Sie die Entscheidung treffen? Das muß noch einmal überlegt werden. Deshalb habe ich an Sie, Herr Dr. Gerstenmaier, die Bitte, das Thema „Gewerkschaften“ nicht in seiner ganzen Kompliziertheit vorzutragen. Dazu gehören noch viel Überlegungen in den Kreisen, die ich zu vertreten habe. (*Weber:* Aber die anderen tun es doch!)

Schmücker: Ich bin auch der Meinung, daß in den Grundsatzfragen die Geschlossenheit unserer Partei gewahrt werden muß, aber man kann es auch übertreiben. Es kann auch der Eindruck entstehen, daß nur grundsätzlich etwas dargetan und innerhalb unserer Partei die Möglichkeit der Diskussion eingeengt wird. Das darf ebensowenig geschehen. Darum sollten wir in Detailfragen durchaus mutig sein und auch diskutieren. Wenn das alles zusammengefaßt wird, kommt es darauf an, daß das Redaktionskomitee auch tatsächlich ein Spiegelbild des Parteitages darstellt. Und da scheint mir der Vorschlag, der von der Geschäftsführung gemacht wird, nicht ausreichend zu sein. Ich unterstütze daher die Anregung von Herrn Albers. Nur dieses Redaktionskomitee ist in der Lage, die zur Debatte kommenden Detailfragen zusammenzufassen.

Adenauer: Das Redaktionskomitee hat eine andere Aufgabe. Es soll eine Redaktionskommission sein. Sie soll die Entschließungen redigieren und in eine Form bringen, die die Öffentlichkeit auch versteht. Die Anträge selbst müssen irgendwie vorher auch sachlich erörtert werden. Herr Albers hat eben gesagt, die Sozialausschüsse würden heute abend über fünf Anträge beschließen. Ich weiß nicht, was uns sonst noch bevorsteht. (*Etzel:* Der Wirtschaftsausschuß tagt erst am Freitag!) Das ist bei uns sicher immer das Übel gewesen; nachher regnet's Anträge und Beschlüsse. Es

10 Josef Arndgen (1894–1966), 1946–1949 MdL Hessen (1947–1949 Minister für Arbeit und Wohlfahrt), 1949–1965 MdB.

wurden Beschlüsse gefaßt, die nicht konform waren. Das war nicht besonders schön. Ich bitte zu überlegen, wie man das ändern kann. Die Anträge müssen doch spätestens am Freitag abend da sein.

Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Meine Damen und Herren! Mein Landesverband hat mich gebeten, Ihnen einen Antrag zu stellen, der wie folgt lautet:

„Zur Straffung und Vertiefung der Parteiarbeit zwischen Bundespartei einerseits und Landesparteien bzw. Kreisparteien andererseits wird folgender Antrag gestellt, der der Partei auch außerhalb der Wahlkämpfe die notwendige Breitenwirkung geben soll:

1. Es wird eine Kommission gebildet zur Erstellung neuer Statuten für die Bundesfachausschüsse, die aus dem Bundesparteivorsitzenden oder seinem Stellvertreter, den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern der Bundespartei und den Vorsitzenden der Landesparteien besteht.

2. Diese Kommission hat bis zum 1. Februar 1959 dem Bundesparteiausschuß als ständigem Vertreter der Delegiertenversammlung einen neuen Entwurf der Geschäftsordnung vorzulegen.“

Begründung: Seit zwei Jahren, seit dem Stuttgarter Parteitag, sind unsere Parteifachausschüsse in einem eigenartigen Zustand; sie sind illegitim. Das hat zu einem langsamen Absterben der Ausschüßarbeiten geführt und damit vor allem auch zu einem Absterben der Verbindung zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei. Es sind in der Zwischenzeit neue Vorschläge ausgearbeitet worden, die der Parteiführung vorgelegt worden sind und die uns ungenügend erscheinen.

Mein Landesverband hält es für notwendig, daß man diese Vorschläge nun überarbeitet und daß man in diesen Vorschlägen vor allem darauf Rücksicht nimmt, daß die Zusammenarbeit der Landesverbände und der Kreisverbände mit der Bundespartei vertieft wird. Aus diesem Grunde haben wir vorgeschlagen, daß wir noch einmal zusammenkommen und versuchen, die Parteiausschüsse und die Organisation der Bundesfachausschüsse unter dem Gesichtspunkt der Landesverbände durchzuführen. Es ist heute so, daß wir zwar in Wahlzeiten uns mit großem Aufwand an die Wähler wenden ... (*Anhaltende lebhaft Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie dringend um etwas Ruhe! Wir sind doch hier im Bundesvorstand. Hören Sie doch bitte in Ruhe und Geduld zu und stellen Sie Ihre Privatunterhaltungen ab. Bitte, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es ist so, daß wir uns in Wahlzeiten mit großem Aufwand an die Wähler wenden, daß wir aber außerhalb der Wahlzeiten keine breitere Basis mehr und keine Verbindung mit unseren Wählern haben. Infolgedessen haben wir den Antrag gestellt, um zu erreichen, daß die Arbeiten für die Fachausschüsse, die eingeschlafen sind, nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch auf Landesebene, in der sich die Ausschüsse mit Bundespolitik zu befassen haben, wieder aktiviert werden.

Adenauer: Lassen Sie mich ein kurzes Wort dazu sagen. Herr Scheufelen hat einen Punkt berührt, der für unsere ganze Partei von der denkbar größten Bedeutung

ist. Herr Dr. Meyers wird nachher das Wort nehmen und in einigen Grundzügen eine neue Geschäftsordnung Ihnen vortragen, die dem Parteiausschuß vorgelegt werden wird, aber nicht während dieser Tage, sondern die muß in Ruhe beraten werden in einer besonderen Sitzung des Parteiausschusses. Die Verbindung zwischen den Landesparteien und der Bundespartei, Herr Scheufelen, soll auch mündlich gepflegt werden im Parteiausschuß. Aber der Parteiausschuß ist immer derartig miserabel besetzt, daß man sich einfach scheut, ihn einzuberufen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir können Gott danken, wenn 50 % der gewählten Mitglieder des Parteiausschusses zu einer Sitzung kommen. Ich habe selten eine solche Teilnahmslosigkeit gerade auch der Landesverbände an der Bundespartei gesehen wie in der Beschickung des Parteiausschusses.

Hellwig: Herr Bundeskanzler! Meine Herren! Mit dem Thema, das angeschnitten worden ist, hängt es natürlich zusammen, daß gerade die Beiträge, die aus den Fachausschüssen der Partei zur Durchführung des Parteitages mit Recht erwartet werden müßten, etwas in der Luft hängen, weil die Ausschüsse seit zwei Jahren keine klare Geschäftsordnung haben.

Adenauer: Darf ich Ihnen ins Wort fallen! Ich darf Ihnen den ganzen Lauf der Sache entwickeln. Es fing an, und zwar mit Recht, daß wir gesagt haben, wir haben den Wunsch, die Anträge, die dem Parteitag vorgelegt werden sollen, möglichst bald zu bekommen. (*Hellwig*: Dazu wollte ich mich ja äußern!) Darauf hat Herr Kollege Albers gesagt, wir werden heute abend im Sozialausschuß fünf Anträge beschließen. Dann hat Herr Etzel erklärt, der Wirtschaftsausschuß tritt erst am Freitag zusammen. Darauf habe ich gesagt, bis spätestens Freitag abend müssen die ganzen Anträge in unserer Hand sein, sonst gibt es nachher ein großes Durcheinander. Dann ist dazugekommen Herr Scheufelen und hat die Frage der Organisation angeschnitten. Bitte stellen Sie die Frage vorläufig zurück, bis Herr Meyers darüber berichtet hat. Ich bitte auch die anderen Damen und Herren, die sich zu Wort gemeldet haben, sich jetzt zunächst mit der Frage der Anträge, die kommen werden, zu beschäftigen. Herr Albers hat z.B. ausgeführt und dabei den Herrn Gerstenmaier besonders genannt – warum, weiß ich nicht –, man solle bezüglich der Gewerkschaften möglichst Zurückhaltung üben. Das ist ein sehr wichtiges Thema. Ich bitte Sie also, jetzt die Frage zu beantworten: Wann bekommen wir die Anträge, und wie soll man das Ganze machen? Es ist sehr schwer, wenn eine große Versammlung nur wenige Tage zusammen ist, das zu machen.

Hellwig: Ich will nur klarmachen, was jetzt noch hinsichtlich der Anträge geschehen kann. Dem Vorschlag, das Redaktionskomitee um die genannten Herren zu ergänzen, kann ich nur zustimmen; denn es ist ungefähr der Kreis, der auch in den letzten Jahren immer die gleiche Arbeit gemacht hat. Bezüglich der Anträge soll folgendes geklärt werden: Wollen wir eine bunte Reihe von Einzelentschlösungen auf verschiedenen Gebieten verabschieden, oder fassen wir die Einzelentschlösungen, wie es im vergangenen Jahr in Hamburg geschehen ist, in einer Gesamtresolution zusammen zu einem Kieler Manifest? Diese Frage muß zunächst geklärt werden.

Gerstenmaier: Ich möchte mich dem anschließen, was Herr Hellwig gesagt hat. Zunächst ein Wort der Beruhigung an Herrn Albers! Mein lieber Freund Albers! Ich bin zur Enttäuschung sehr vieler unserer Freunde so vorsichtig mit meiner Rede, die mir viel Mühe und Kopfzerbrechen gemacht hat, daß das Wort „Gewerkschaften“ in dieser Rede überhaupt nicht vorkommt. Damit aber scheint mir das Problem auf diesem Parteitag noch gar nicht ausgestanden zu sein; denn es ist geradezu provozierend, was insbesondere von Herrn Brenner und einigen anderen Herren aus der Gewerkschaft uns tagtäglich serviert wird.

Ich bin der Meinung, daß wir an dem Thema „Eigentum für alle“, das wir 1957¹¹ dem deutschen Volke vorgetragen haben, auch auf diesem Parteitag festhalten müssen. Wir dürfen es auch auf diesem Parteitag nicht preisgeben, sondern wir müssen uns dazu bekennen. Es ist auch so, daß wir, wenn wir nicht völlig lendenlahm werden wollen, ein Wort sagen müssen zu dem, was Brenner und Genossen uns fortgesetzt als Grundsatzprogramm verkaufen, was nichts anderes ist als linkerster Flügel der Sozialdemokraten. Im Bundestag haben die Leute nicht einmal den Mut, davon zu reden. Hat Herr Deist¹² davon gesprochen? Nein! Das besorgt die Gewerkschaft! Und wir sollen immer nur die Worte abwägen! So kann man nicht streiten. Ich habe ausdrücklich dieses Thema nicht benützt, weil ich nicht wünsche, daß ich es von meiner Seite aus anschneide, das einige unserer Freunde in der Öffentlichkeit sehr scharf angesprochen haben, z.B. Winkelheide¹³. Immerhin ist auch Winkelheide ein CDU-Mann, der nicht bei seinem Verein ist, aber allmählich muß man doch geradezu dankbar sein, daß es noch einige Leute gibt, die den Mannesmut haben, ein freies Wort zu sprechen. (*Wuermeling:* Sehr gut!) Ich habe mich bemüht, (*Krone:* Das Thema kommt in meinem Bericht ausführlich zur Sprache! – *Adenauer:* Ich werde auch über die Gewerkschaften sprechen!¹⁴) eine denkbar objektive Gesprächsbasis zu liefern, mehr nicht. Aufs Polemisieren kommt es mir nicht an, sondern mehr auf Klarstellung unseres Standpunktes, von wo aus und zu welchem Ziel wir streben. Und da möchte ich allerdings dringend empfehlen, daß wir das bei der methodischen Behandlung der Anträge einigermaßen berücksichtigen.

11 Auf dem 7. Bundesparteitag der CDU in Hamburg vom 11. bis 15. Mai 1957. – Otto Brenner hatte auf dem 5. Gewerkschaftstag der IG Metall vom 15. bis 20. September 1958 in Nürnberg die Bundesregierung scharf angegriffen (vgl. „Nürnberger Nachrichten“ vom 15. September und „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. September 1958; vgl. auch Otto BRENNER: Die Unabhängigkeit und Einheit der Gewerkschaften. In: Die Neue Gesellschaft. 5. Jg. 5/1958).

12 Dr. Heinrich Deist (1902–1964), Wirtschaftsprüfer; 1953–1964 MdB (SPD), 1958–1964 stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

13 Bernhard Winkelheide (1908–1988), 1949–1972 MdB, 1955 Mitgründer und bis 1962 Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 702 Anm. 58. – Erinnerungen in: ABGEORDNETE 8 S. 229–251.

14 CDU, 8. Bundesparteitag S. 21–30, bes. S. 23.

Ich stimme eigentlich Herrn Hellwig zu. Ich hoffe, daß ich ihn recht verstanden habe, daß er in seiner Frage schon ein Plädoyer geführt hat für eine Gesamtresolution. Ich würde sagen, wenn wir es schaffen können, sollten wir eine klare, wenn möglich sogar unpolemische, aber völlig klare und ansprechbare Gesamtresolution zum Gesellschaftsproblem und zu unserer Gesellschaftspolitik fassen. Wir sollten bei den Anträgen, die im Wirtschaftsausschuß und im Sozialausschuß beraten werden, schon berücksichtigen, daß sie alle zusammen auf ein Ziel hin, von unserer christlich-demokratischen Meinung möglichst einmütig getragen, dem deutschen Volke vorgetragen werden können. Wir sollten dabei nicht die Linie vergessen, die wir im letzten Jahre *urbi et orbi* mit dem plausiblen Schlagwort „Eigentum für alle“ eingeschlagen haben. Ich würde dringend darum bitten, die ganzen Anträge unter diesem Gesichtspunkt und mit diesem Akzent zu behandeln.

Adenauer: Ich habe Herrn Albers so verstanden, man sollte nicht über die Frage „Teilung der Gewerkschaften oder neue Gewerkschaften“ sprechen. Das würde ich verstehen, daß Sie diesen Wunsch haben; aber daß wir bei den Ansprüchen, die auch Herr Rosenberg¹⁵, der sehr überlegt gesprochen hat, für die Gewerkschaften erhebt, schweigen sollen, das geht nicht. Daran kann keine Partei vorbeigehen. Das ist völlig ausgeschlossen. Ich werde es maßvoll tun, aber ich werde es tun.

Nun liegt mir sehr am Herzen die Geschäftsordnung. Wenn wir nun eine Fülle von Anträgen bekommen, dann müssen wir darauf bestehen – obwohl die Geschäftsordnung noch nicht eine Frist vorschreibt –, daß die Anträge spätestens am Freitag abend eingegangen sein müssen. Diejenigen Anträge, die bis dahin nicht eingegangen sind, müssen ohne Diskussion dem Parteiausschuß überwiesen werden. Sie müssen ja noch vervielfältigt, zusammengestellt und durchgesehen werden. Dann werden wir im Vorstand am Samstag oder sonstwie noch einmal zusammenkommen, um darüber zu sprechen.

In gleicher Weise liegt mir am Herzen, die Diskussion am Samstag zu regeln. Diese Diskussion soll sich nicht nur erstrecken auf die Rede des Herrn Kollegen Gerstenmaier, sondern sie soll sich auch mit den Ausführungen befassen, die von den Parteirednern am Tage vorher gemacht worden sind. Ich weiß nicht, ob der engere Kreis der Bundesgeschäftsstelle, der sich mit der Vorbereitung beschäftigt hat und dabei von Herrn Meyers und Herrn Krone unterstützt worden ist, die Frage der Diskussionsredner geregelt hat. Das kann man positiv oder negativ regeln. Man muß beides tun. Mit „negativ“ meine ich, daß nicht einer kommt und hellen Blödsinn sagt. Wie Sie das verhindern wollen, müssen Sie überlegen. Ich würde sehr begrüßen,

15 Ludwig Rosenberg (1903–1977), Gewerkschafter; 1949–1949 DGB-Bundesvorstand (seit 1959 stv. Vorsitzender, seit 1962 Vorsitzender). – Rosenberg hielt auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten vom 1. bis 5. September 1958 ein Referat zum Thema „Aufgaben und Bedeutung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft“ (Protokoll über die Verhandlungen des dritten ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten S. 335–347).

wenn Herr Meyers oder Herr Krone – nachdem sich Frau Weber und Herr Bauknecht kurz geäußert haben werden – ein Wort zur Geschäftsordnung sagten. (*Weber*: Ich schlage vor, in die Redaktionskommission noch Frau Dr. Rehling aufzunehmen!) Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Gut!

Bauknecht: Der Agrarausschuß wird heute abend einige Anträge formulieren. Ich halte das für notwendig, insbesondere deshalb, weil wir hier im Agrarland Schleswig-Holstein sind. Wir müssen hier unbedingt Stellung nehmen, insbesondere auch im Hinblick auf den Europäischen Markt muß etwas in der Öffentlichkeit gesagt werden.

Blumenfeld: Ein Wort zu den Anträgen, Herr Bundeskanzler! Mein Landesverband hatte den Wunsch, einige Anträge zu stellen, insbesondere die Sozialausschüsse des Landesverbandes Hamburg. Ich hatte vorgeschlagen, mangels einer Geschäftsordnung unserer Bundespartei heute nachmittag zur Belegung des Parteiausschusses ein paar Worte zu dem Antrag zu sagen, und daß dann der Parteiausschuß darüber befinden soll, ob dieser Antrag auf dem Parteitag gestellt werden soll. Vielleicht kann zu den Anträgen, die noch angekündigt sind, ein Wort gesagt werden. Die Formulierung der Anträge kann im Laufe des Nachmittags erfolgen.

Adenauer: Es wäre wünschenswert, wenn im Parteiausschuß einmal cursorisch über die Anträge gesprochen werden könnte. Aber wir haben gehört, von den Sozialausschüssen und vom Agrarausschuß werden sie heute abend gefaßt. Der Wirtschaftsausschuß faßt seine Beschlüsse erst am Freitag. Also können wir es heute nachmittag nicht erledigen.

Etsel: Sie sagten, Herr Bundeskanzler, bis Freitag abend sollten die Vorschläge da sein. Es wird aber sicher recht spät werden. Ich kann die Herren nicht mehr umladen. Das ist technisch nicht mehr durchzuführen.

Adenauer: Wir müssen uns fragen, wie wir es in Zukunft technisch durchführen. Ich weiß nicht, was Sie unter „recht spät“ verstehen. (*Etsel*: Sagen wir 23 Uhr.) Wann fangen Sie an? (*Etsel*: Um 20 Uhr.) Dann können Sie um 21 Uhr fertig sein! (*Heiterkeit.* – *Etsel*: Das können Sie nicht einmal!) Stellen Sie sich vor, Sie sind um 23 Uhr fertig. Das Büro muß sie dann über Nacht vervielfältigen. Dann kommt am Samstag morgen um 9 Uhr die Rede des Kollegen Gerstenmaier. Wann sollen wir dann zusammentreten, und wie sollen wir es mit dem Gesamtantrag machen?

Etsel: Es war uns mitgeteilt worden, daß dieser Parteitag eine völlig freie Diskussion machen wolle. Deswegen glaubten wir, gerade am Tage vor der Hauptdiskussion die Dinge noch einmal zusammenfassen zu sollen, und zwar im Hinblick auf die Rede von Herrn Gerstenmaier.

Adenauer: Ich höre zu meiner Überraschung, Herr Etsel, daß Sie von einer völlig freien Diskussion gehört haben. Eine völlig freie Diskussion auf einem so großen Parteitag ist ein Unsinn. Die Diskussion – darüber hatten wir uns doch, ehe wir in Urlaub gingen, geeinigt – sollte gelenkt sein, damit nicht die guten Reden, die hoffentlich gehalten werden, so Gott will, durch die Diskussion wieder verdorben und verzerrt werden. Ich bin der Auffassung, in einer solch großen Versammlung

und bei der Bedeutung unseres Parteitages muß die Diskussion gelenkt werden am Samstag.

Lücke: Ich würde vorschlagen, eine Antragskommission unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Schröder einzusetzen, die sich schon heute mit den vorhandenen Anträgen befaßt, sie koordiniert und dann während dieser Tage entscheidet, ob wir zu einer Gesamtentschließung oder zu Einzelentschließungen kommen sollen. Es liegt eine Reihe von Anträgen vor, die parallel laufen, und zwar von den Sozialausschüssen, dem Wirtschaftsausschuß und dem Landwirtschaftsausschuß; die könnte man koordinieren und bis Samstag so vorbereiten, daß wir mit vernünftigen Ergebnissen herauskommen. Ich schlage also vor, eine Umwandlung der Redaktionskommission in eine Antragskommission vorzunehmen, weil wir noch keine Geschäftsordnung haben.

Adenauer: Ich glaube, das gibt italienischen Salat. Herr Schröder kann das auch nicht machen. Ich würde mich der Anregung der Herren Hellwig und Gerstenmaier anschließen, daß wir das Ganze abschließen mit einer sehr gut formulierten Resolution, die die wichtigsten Forderungen der CDU überhaupt enthält, und daß wir die ganzen Anträge, soweit sie nicht dadurch erledigt sind, dem Parteiausschuß zur weiteren Bearbeitung auf seiner nächsten Sitzung überweisen. (*Schmücker:* Aber das muß doch jemand machen! – *Lücke:* Um zu diesem Ergebnis zu kommen, muß doch ein Ausschuß vorhanden sein!) Sie haben mich mißverstanden. Ich darf wiederholen, wie die Situation jetzt aussieht. Wir wissen von den Anträgen der Sozialausschüsse, die heute abend, so Gott will, beschlossen werden und morgen vorliegen. Das gleiche gilt für die Anträge des Agrarausschusses. Sie haben weiter von Herrn Etzel gehört, daß der Wirtschaftsausschuß seine Beschlüsse erst in der Nacht vom Freitag auf den Samstag fassen will. Wie kann sich da jetzt eine Kommission hinsetzen und das berücksichtigen oder gar bearbeiten? Das kann sie doch nicht; denn sie weiß doch gar nicht, was kommen wird! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Und dann bekommen wir wahrscheinlich auch Anträge aus dem Schoß der Versammlung. (*Zuruf:* Es soll auch Demokratie geben!) Es gibt aber auch Geschäftsordnungen! (*Schmücker:* Und die haben wir nicht. – *Weber:* Gelenkte Demokratie! – *Heiterkeit.*) Sollen wir nicht zunächst einmal dem Vorsitzenden der Versammlung mitgeben, daß die Vorschläge und Anträge spätestens am Freitag abend im Büro sein müssen, damit wir wenigstens davor geschützt sind, daß plötzlich am Samstag irgendwelche Anträge kommen? Sind Sie damit einverstanden? (*Schröder:* Bis 22 Uhr am Freitag!) Ja! Bis dahin müssen sie im Büro eingegangen sein. Dann besteht die Frage, sollen wir über diese Anträge abstimmen. Ich wüßte nicht, wie wir das machen sollen. (*Lemmer:* Überweisung an die Redaktionskommission!) Verzeihen Sie, Herr Lemmer, an den Parteiausschuß; denn damit, daß sie nur an die Redaktionskommission gehen, werden nicht alle zufrieden sein.

Schröder: Die Anträge können erst im Anschluß an das Referat von Gerstenmaier begründet werden. Man sollte versuchen, eine Gesamtentschließung zu machen, oder man muß sie dem Parteiausschuß überweisen. Wenn man sie am Freitag abend hat, kann nicht mehr viel passieren am Samstag. Man könnte auf die einzelnen Anträge

noch etwas einwirken, die dann nach dem Referat begründet werden. Dann steht der Rest des Samstags zur Verfügung, um den Versuch zu machen, zu dieser Deklaration zu kommen.

Adenauer: Es werden Reden gehalten werden. Ich nehme das Referat des Herrn Krone. (*Schröder:* Die Referate Krone und Meyers kennen wir am Freitag abend!) Langsam! Ich nehme das Referat des Herrn Krone. Wir werden auch sonst noch Reden hören. Ich bin überzeugt, es werden mehrere Anträge gestellt werden, die mit den Reden überhaupt nicht zusammenhängen. Wie sollen wir es mit der Diskussion machen? Ich würde vorschlagen, daß Herr Krone oder Herr Meyers etwas dazu sagen.

Krone: Das Thema am Samstag ist sehr umfassend. „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“ heißt es. Es ist sehr weit angelegt und ein grundsätzliches innenpolitisches Referat. Und dann folgt eine ausführliche Diskussion. (*Adenauer:* Worüber?) In der Vorbesprechung waren wir uns darüber einig, daß die Diskussion nicht wild wuchern soll. Herr Etzel sollte, wenn sich gewisse Gefahren zeigen, das Wort ergreifen. Es werden [anschließend] an das Referat Gerstenmaier Fragen behandelt werden, die den Wirtschaftsminister und den Finanzminister betreffen, Fragen steuerlicher Art, Fragen, die aus dem Mittelstandskomplex kommen, Fragen der Freien Berufe und der Arbeiter. Es müßten sich für diesen großen Fragenkomplex, der sich aus den Referaten Krone, Meyers und Gerstenmaier ergibt, einige präparieren, um – wenn Sie wollen – eine gewisse gelenkte Aussprache vorzunehmen. Es ist mit den Kollegen Schmücker, Martin¹⁶ – dem Arzt aus Hessen –, Lübke und Erhard¹⁷ gesprochen worden; auch mit den Herren der Sozialausschüsse. (*Weber:* Auch mit den Frauen?) Sie sprechen etwa eineinhalb Stunden lang? (*Gerstenmaier:* Ich hoffe, etwas weniger!)

Adenauer: Sie werden auch nicht um 9 Uhr anfangen, sondern um 9.15 Uhr. Nach der Rede von Gerstenmaier ist es mindestens 10.45 Uhr oder 11 Uhr.

Krone: Ich will 11 Uhr sagen. Dann haben wir noch zwei Stunden. Und nachmittags haben wir noch dreieinhalb bis vier Stunden. Es ist im Gegensatz zu früheren Parteitagen eine sehr ausgiebige Diskussionszeit festgelegt worden, und zwar für verschiedene Sprecher, die eine Fülle von Aufgaben vorbringen. Wir sollten daran festhalten.

Adenauer: Das ist für den Präsidenten der Versammlung eine unendlich schwere Aufgabe, aber sie muß gelöst werden. (*Von Hassel:* Das geht schon!) Sie wissen aber doch nicht, was kommen wird. Sie wissen auch nicht, was Herr Gerstenmaier sagen

16 Dr. Berthold Martin (1913–1973), Arzt; 1954–1957 MdL Hessen (CDU), 1957–1973 MdB (seit 1965 Mitglied des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes).

17 Professor Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), 1949–1977 MdB (CDU), 1949–1963 Wirtschaftsminister (1957–1963 Vizkanzler), 1963–1966 Bundeskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 7; Volkhard LAITENBERGER: Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker. Göttingen 1986; Karl HOHMANN (Hrsg.): Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften. Düsseldorf 1988.

wird. Das weiß doch keiner. Sie wissen auch nicht, was die Sozialausschüsse sagen werden.

Hellwig: Ich möchte anregen, daß wir eine bestimmte Zeit für die Diskussion festlegen, in der die Wortmeldungen zu bestimmten Komplexen zusammengefaßt werden, damit nicht dieselbe Frage zweimal diskutiert wird. Wir sollten also die Bereiche der Wirtschaft, der Finanzen, des Mittelstandes usw. steuern, also eine etwas thematische Ordnung in die Fülle der Reden hineinbringen.

Zum anderen möchte ich anregen, daß darüber gesprochen wird, daß ein Diskussionsredner zu der Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone und zu den Flüchtlingsfragen Stellung nimmt. Es würde sehr schlecht aufgenommen, wenn sich der Parteitag nicht mit diesem Thema befaßte. Das sollte auch vorbereitet werden.

Meyers: Die Sache ist so, Herr Bundeskanzler, daß wegen der Ferien nicht mit allen gesprochen werden konnte, die für die Diskussion in Frage kommen. Die Diskussion soll so gelenkt werden, daß nicht nur die Genannten sprechen, sondern daß sie auch bestimmte Themen behandeln. Das kann man aber erst, wenn das Referat Gerstenmaier vorliegt. Dann werden wir die Themenkreise dem Präsidium übermitteln, und das Präsidium weiß, wer sich zu welchem Themenkreis gemeldet hat, so daß also auch eine Ordnung in die Diskussion hineinkommt. Daß das Thema, was Sie angesprochen haben, behandelt wird, ist selbstverständlich.

Adenauer: Verzeihen Sie, Herr Meyers, Herr Krone hat gesagt, es sei mit allen einzelnen gesprochen worden. Sie haben gesagt: Es konnte nicht mit allen gesprochen werden wegen der Ferien. Ist das denn einigermaßen geregelt? Es kann auch mal ein wilder Mann dazwischenkommen. (*Zuruf:* Der muß vorher bestimmt werden! – *Heiterkeit.*) Ich sage nicht nur „wilder Mann“, es kann auch eine „wilde Frau“ sein, aber Herr von Hassel muß als Leiter der Versammlung eine genaue Liste derjenigen Diskussionsredner haben, mit denen die Sache besprochen worden ist. Es muß auch darauf stehen, worüber die einzelnen sprechen, damit er die Debatte etwas arrangieren kann.

Etzel: Für den Wirtschaftsausschuß haben wir das vorbereitet.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich konnte natürlich dieses Referat nicht wie Stickstoff aus der Luft gewinnen – ich gönne so etwas meinem schlimmsten Feinde nicht –, sondern ich habe es mir angelegen sein lassen, mit den Herren Ihres Kabinetts, die für die einzelnen Sachgebiete besonders verantwortlich sind, möglichst sorgfältig zu sprechen. Ich habe 14 Tage lang Tag und Nacht gearbeitet. Ich habe gesprochen mit dem Bundeswirtschaftsminister, mit dem Bundesernährungsminister, mit dem Bundesarbeitsminister, mit dem Bundesschatzminister, mit dem Bundeswohnungsbauminister, und ich habe noch telefoniert mit dem Bundesvertriebenenminister. (*Weber:* Und nicht mit dem Bundesfamilienminister?) Mit dem Familienminister nicht. Der Herr Kollege Lücke als Wohnungsbauminister hat mich als erster rechtzeitig unterrichtet – das will ich nicht vergessen –, daß er konform liege mit dem Bundesfamilienminister. Deshalb ist das verhältnismäßig einfach gewesen. Mir war es klar, daß diese Herren alle in der Diskussion sprechen werden. Ich sehe nicht ein, daß diese

Herren nicht sprechen sollen. Der Zentralpunkt dessen, was unsere Arbeit ausmacht, wird in diesem Referat behandelt. Dr. Kraske und ich haben uns überlegt, wie sollen wir es formulieren. Wir haben 20 Themen behandelt und sind schließlich bei dem gelandet. Das Wichtigste, aus dem die Geschichte liegt[!], ist selbstverständlich das, was über das Gesellschaftsbild formuliert wird. In jedem modernen Staat, nicht nur in den totalitären Staaten, sondern auch in den Demokratien, wird das Gesellschaftsbild der Mehrheit durch die Staatsordnung bestimmt. Ich bin der Meinung, daß es so ist. Darüber kann man streiten. Aber wenn es so ist, hätte man das Thema eigentlich umdrehen und sagen müssen: Gesellschaftsbild und Staatsordnung. Ich sage das nur, damit sich keiner Mühe gibt, einige Rechtsprobleme verfassungsrechtlicher und organisatorischer Art über diesen Parteitag in die Diskussion zu bringen. Zwar werden einige dieser Themen zum Schluß angesprochen, um die Verbindung zwischen Gesellschaftsbild und Staatsordnung zu illustrieren, aber das geschieht nur beispielhaft, um den Gedanken zu demonstrieren.

Es reicht nicht in dieser Zeit, den ganzen Problemkreis zu umschreiben. Infolgedessen kommt das, was zum Bereiche unseres Freundes Schröder gehört, was im engeren Sinne Innenpolitik ist, bei diesem Referat zu kurz. Herr Schröder, ich bitte um Ihre Nachsicht. Der Schwerpunkt ist das Problem: Wie orientieren wir uns in unserer Gesellschaftspolitik zurecht[!], wobei ich mich darauf beschränken mußte, die Auswirkungen an einigen Punkten zu demonstrieren, die unmittelbar in den Bereich des Herrn Bundesinnenministers fallen.

Die Staatsordnung im engeren Sinne des Wortes können wir uns ersparen. Der Schwerpunkt muß in der Gesellschaftsordnung liegen. Ich glaube, daß der Finanzminister in dieser Debatte aufgerufen sein wird, dazu zu sprechen, selbst wenn er nicht im Sinne hätte, eine Diskussionsrede zu seinem Ressort zu liefern. Er ist in vielfältiger Form angesprochen, z.B., wie machen wir es, um zu einem Eigentum für alle zu kommen? Er wird sich wahrscheinlich mehrfach melden müssen. Auf der anderen Seite sollte nicht der Eindruck entstehen, daß wir hier Türme bauen, sondern es soll eine echte und unmittelbare Debatte werden, auch wenn wir eine gelenkte Diskussion in dem Sinne haben, daß wir uns vorher verständigen. Ich bin der Meinung, daß wir die Diskussion nicht in der Weise manipulieren können, daß sie nur ausschließlich die Punkte behandelt, über die vorher eine Absprache getroffen worden ist. Das würde ich nicht für gut halten. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Man muß dem Parteitag die Freiheit lassen, dazwischenzugreifen, und man muß damit auch riskieren, daß das eine oder andere Wort fällt, was nicht richtig in die Manöverlage paßt. Ich mache mich darauf gefaßt, daß die Gewerkschaftsfrage in dieser Weise angeschnitten wird, vielleicht auch noch die eine oder andere Frage, die ich gar nicht berühren konnte. Um ein Beispiel zu bringen! Ich habe mir den Kopf zerbrochen und habe es nicht zustande gebracht, ein halbwegs vernünftiges und ausreichendes Wort zum Problem des Miteigentums zu sagen. Ich behaupte, daß die innerparteiliche Diskussion noch nicht soweit ist, daß sie über schöne Redensarten hinaus etwas Handfestes liefern könnte, mit dem man bestehen könnte vor Leuten, die nicht auf schöne Worte hören,

sondern für den Staats- und Gesellschaftsgehalt gute Formulierungen suchen. Ich sehe, daß da so wenig vorhanden ist, daß ich darauf verzichtet habe, überhaupt das Wort zu benutzen. Ich bin bereit, wenn das kritisiert und gesagt wird, wie konnten Sie eine solche Kardinalfrage herauslassen, dazu Stellung zu nehmen.

Ich hoffe, daß wir für die Debatte so viel Zeit haben, daß wir schließlich übereinkommen und zum Schluß eine Resolution zustande bringen. Für das Spezialthema, das in der Richtung von Kiesinger und von Brentano liegt, sehe ich nur wenig Chancen. Ich würde vorschlagen, daß wir uns eine eiserne Disziplin auferlegen und keine Exkursionen in die Außenpolitik und Sicherheitspolitik machen. Die Gesellschaftspolitik ist so schwer und so ernst und fordert ein solches Maß von Konzentration mit ihren vielfältigen Auswirkungen in rechtlicher, steuerlicher und gesellschaftlicher Hinsicht, daß ich doch vorschlagen würde, alle anderen Probleme an diesem Samstag wegzulassen. Wie wir allerdings zurecht kommen wollen, um Ihrem einleitenden Vortrag in der Diskussion Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, das ist mir bis jetzt nicht ganz klar, und ich frage mich, ob dafür nicht eine Möglichkeit am Freitag besteht.

Adenauer: Ich darf dazu feststellen, daß ich keineswegs der Auffassung bin, daß ein Theaterstück aufgeführt werden soll in der Diskussion, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, man muß dem Vorsitzenden der Versammlung die Liste der Redner geben, mit denen gesprochen worden ist, damit er die zur richtigen Zeit zwischen diejenigen, die sich melden, einschieben kann. Ich bin aber nicht Ihrer Auffassung, Herr Gerstenmaier, daß wir von der außenpolitischen Lage nichts sagen dürfen. Wenn wir über die außenpolitische Lage in diesem Augenblick nichts sagen, so ist das nach meiner Meinung ein Fiasko. (*Krone:* So war es nicht gemeint. Er meinte, am Samstag nicht! – *Gerstenmaier:* Weil wir es nicht gut in den Fragenkomplex hineinpacken können!) Es muß auch in die Gesamtresolution etwas hineinkommen. (*Zurufe:* Selbstverständlich!)

Kiesinger: Ich teile die Sorgen des Herrn Bundeskanzlers, daß die Diskussion, wenn wir sie frei laufen lassen, die Höhe der Referate auch nicht annähernd erreichen wird; insbesondere dann, wenn die Leute ad hoc aufgefordert werden, etwas zu sagen. Deswegen mein Vorschlag: Könnte nicht diese Kommission, egal wie sie heißt, Antragskommission oder Redaktionskommission, sich mit den Rednern vorher zusammensetzen? Die Redner geben dann in etwa eine Inhaltsangabe dessen, was sie bringen werden, die Schwerpunkte. Dann kann man übersehen, wer sich von uns ein paar Gedanken macht über das, was er zur Diskussion sagen will; damit also die Leute ein bißchen Zeit haben, sich für die Diskussion vorzubereiten. Dann kann zwischen diesen gebetenen Diskussionsrednern jeder das Wort ergreifen, wer will, aber wir haben die Möglichkeit, Akzente zu setzen. Wenn wir so verfahren, wäre das am besten. Das ist auch früher so gehalten worden. Wir müssen dazu vorher mit den Referenten sprechen können. Irgend jemand muß das tun. Es muß ein Gremium da sein, das es tut.

Zu dem, was von Herrn Gerstenmaier angeschnitten worden ist, glaube ich, daß ein

Teil der außenpolitischen Debatte sich im Zusammenhang mit seinem Thema wird behandeln lassen; denn die Frage der Gesellschaftspolitik ist ja die Lebensfrage des Westens gegenüber dem Osten, so daß man mindestens einen erheblichen Teil dieses Themas am Samstag mitbehandeln kann. (*Gerstenmaier*: Es ist nur die Einleitung, alles andere trennt sich davon!) Ich bin einverstanden mit dem Gedanken, daß man eine Sonderdiskussion über die Außenpolitik macht. (*Gerstenmaier*: Am Freitag!) Ich wollte nur sagen, daß auch am Samstag darüber etwas diskutiert wird. Das Entscheidende ist, daß sich ein Gremium vorher mit den Rednern zusammensetzt und überlegt, was gesagt wird. Im übrigen steht es jedem Teilnehmer des Parteitages frei, in der Diskussion seine Meinung zu sagen.

Adenauer: Nehmen Sie einmal das Programm zur Hand, damit wir es gemeinsam durchgehen und die Zeit festsetzen können. Um 10 Uhr ist die Eröffnung durch den Ersten Vorsitzenden. Ich werde einige Worte über die Herren Kaiser und Arnold sagen. Dazu brauche ich höchstens 10 Minuten. Dann folgt die Wahl des Präsidiums. Das geht sehr schnell. Dann kommt die Ansprache des Präsidenten des Bundesparteitages. (*Von Hassel*: Das dauert 25 Minuten!) Ich glaube, Sie haben die Begrüßungsansprache an die ausländischen Vertreter noch nicht drin. (*Von Hassel*: Die Grußworte noch nicht. Das geht aber sehr schnell!) Sagen Sie das nicht. Sie müssen nach meiner Meinung die Begrüßung der ausländischen Gäste gesondert vornehmen und nicht in Ihre Rede hineinflechten. Das ist international gesehen sehr wichtig. Die Sozialdemokratie macht ein großes Spektakel mit ihren internationalen Verbindungen. Wir wollen auch mal zeigen, daß wir internationale Verbindungen haben. Daher darf das nicht so nebenbei gemacht werden. Sie müssen also eine halbe Stunde bis dreiviertel Stunden mindestens rechnen. Dann werde ich höchstens eine Stunde lang sprechen. Dann folgt nachmittags der Bericht von Herrn Krone. (*Krone*: Eine Stunde!) Dann der Bericht des Herrn Meyers, (*Meyers*: Eine Stunde!) zusammen also zwei Stunden.

Die Wahlen werden schnell vonstatten gehen. Aber das kann man nicht wissen. Dann würden für die Aussprache am ersten Tag noch zur Verfügung stehen etwa zwei Stunden. Dabei würde zweckmäßig die Diskussion über außenpolitische Fragen erledigt werden, (*Gerstenmaier*: Ja!) so daß wir am Samstag Zeit hätten für eine Diskussion in großer Breite über die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes. So will ich mich allgemein ausdrücken; denn unter „Gesellschaftsbild“ – ich habe den Ausdruck nicht gewählt – kann ich mir nichts Rechtes vorstellen, und ich weiß nicht, wie Sie sich das Gesellschaftsbild vornehmen. Deshalb war von der gelenkten Diskussion die Rede. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Diskussionsredner Ihre Rede, verehrter Herr Gerstenmaier, vorher sehen könnten. Meine Rede wollte ich heute nachmittag machen. (*Gerstenmaier*: So will ich es auch machen!) Sie haben sie doch fertig! Sie haben doch gesagt, Sie hätten 14 Tage lang Tag und Nacht gearbeitet! Er hat nicht Tag und Nacht gearbeitet, sondern am Tage und bei Nacht, aber wie lange jedes Mal? (*Lebhafte Heiterkeit*.) Es wäre wünschenswert, wenn die Reden von Herrn Krone (*Zuruf*: Ist da!) und Herrn Meyers (*Zuruf*: Ist auch da!) heute fertig würden. Es wäre auch wünschenswert, wenn die Rede Gerstenmaier (*Kraske*:

Wird geschrieben! – *Gerstenmaier*: Moment mal!) zur Verfügung stände; denn die verantwortlichen Diskussionsredner müssen etwas haben. (*Gerstenmaier*: Ich habe sie dem Herrn Finanzminister geschickt! – *Etzel*: Nein! Ich habe gar nichts bekommen! – *Erhard*: Ich habe nur gehört, wir bekämen sie heute! – *Zuruf*: Wir haben sie noch nicht! – *Gerstenmaier*: Ich konnte sie in Bonn nicht mehr abziehen lassen.) Bis wann bekommen die Herren sie? (*Gerstenmaier*: Herr Kraske? – *Kraske*: Bis 18 Uhr!) Also bis 18 Uhr. Dann müssen die in Aussicht genommenen Redner sie heute noch bekommen. Es ist möglich, daß die Diskussionsredner mit manchen Sachen nicht einverstanden sind. (*Gerstenmaier*: Es sind einverstanden der Ernährungsminister, der Sozialminister, und ich nehme an, auch der Finanzminister. – *Etzel*: Ich bin nicht gefragt worden!) Ich bin für Vorsicht und würde bitten, dafür zu sorgen, daß die Rede nur in die Hände dieser Herren kommt, (*Weber*: Keine einzige Frau soll sie haben?) damit sie nicht an die Öffentlichkeit gelangt. (*Weber*: Wir sind sehr vertrauenswürdig!) Ich würde Ihnen, Frau Weber, alles geben, was ich mache. (*Heiterkeit und Zurufe*: Oho!) Warum bezweifeln Sie das? Aber Sie wissen doch, Frau Weber, wenn man irgendein Stück in 50 Exemplaren herausgibt, hat es nach einer halben Stunde die ganze Presse. (*Zuruf*: Todsicher!) Deswegen sollte es beschränkt bleiben auf den kleinen Kreis. (*Gerstenmaier*: Dann brauche ich gar nicht mehr zu reden; denn dann steht es in der Zeitung, bevor ich überhaupt die Rede gehalten habe! – *Kiesinger*: Wie sucht man die Diskussionsredner heraus?) Herr Kiesinger fragt, wie die Diskussionsredner herausgesucht werden. (*Gerstenmaier*: Außerhalb der Ressortminister? – *Krone*: Schmücker und Martin!) Die Zahl der Minister ist wirklich sehr groß. Der Minister kommt leider in den Geruch, nicht mehr ein Mann des Volkes zu sein. (*Zurufe*: Doch!) Bilden Sie sich das nicht ein, meine Herren! (*Heiterkeit*.)

Von Hassel: Es haben sich gemeldet für die Diskussion Professor Erhard, Dr. Hellwig und Etzel. (*Etzel*: Wir haben ein paar Herren ausgesucht, die in Frage kommen.) Auch mit Oberländer und Schmücker ist gesprochen worden. Herr Schmücker müßte noch ein paar Männer und Frauen mitherumorganisieren, falls es nötig ist. (*Adenauer*: Mitherumorganisieren! Was für ein Ausdruck! Das müssen Sie deutlich sagen!) Er soll mit einer Mannschaft heranrücken. Auch Martin wird sich mit dem einen oder anderen abstimmen, so daß noch ein anderer in der zweiten Welle gleichsam mitsprechen kann. Ich höre von Herrn Albers, daß von seiten der Sozialausschüsse sich keine Schwierigkeiten ergeben und daß von dort Leute beauftragt sind. Ich höre von den Frauen, daß Frau Schwarzhaupt¹⁸ die Dinge in der Hand hat. Auch mit Blank ist gesprochen worden, ferner mit Lübke und Lücke. Ich habe das Gefühl, daß wir eine breite Mannschaft haben, mit der wir eine Diskussion

18 Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), Juristin; 1953–1969 MdB (CDU), 1961–1966 Bundesgesundheitsministerin. – Erinnerungen in: ABGEORDNETE 2 S. 235–283. Ursula SALENTIN: Elisabeth Schwarzhaupt – erste Ministerin der Bundesrepublik. Ein demokratischer Lebensweg. Freiburg 1986.

bestreiten können, wobei nicht nur die Minister, sondern auch ganz gewöhnliche Parteimitglieder sprechen sollen. Wir müssen den genannten Herren sagen: Ihr habt verantwortlich auch eine Mannschaft zusammenzustellen, die nachher das Ganze machen kann. Kommt das Thema Außenpolitik zur Sprache, dann haben wir Brentano und Kiesinger. Ich glaube also, daß es funktionieren wird. Ich wüßte nicht, Herr Bundeskanzler, was man noch mehr vorbereiten soll. Wenn zuviel vorbereitet wird, dann sieht es gestellt aus. (*Lücke*: Die Minister sollen nur reden, wenn es nötig ist!) Wir haben uns im Landesvorstand von Schleswig-Holstein über diese Frage unterhalten und ein paar Punkte aufgestellt, über die in der Debatte gesprochen werden soll, z.B. Wohnungsbau, Eigentum für jeden, Eigenheim usw. Das ist mit Herrn Lücke abgesprochen. Es ist auch mit Herrn Oberländer gesprochen worden. Es sind fast eher zuviel als zu wenig Diskussionsredner. Die Herren, die vorgesehen sind, haben die Dinge in der Hand. Sie müssen gegebenenfalls sehen, was noch notwendig ist. Ich sehe keinen Schiffbruch in dieser Frage. Der Tenor muß sein, daß wir es wagen, auch Fragen offen zu diskutieren.

Adenauer: Die Hauptsache ist, daß die Diskussionsredner rechtzeitig, und zwar bis 18 Uhr, die Rede von Herrn Gerstenmaier bekommen. (*Gerstenmaier*: Und wer gibt sie dann sofort der Presse?) Wer will das machen? (*Lebhafte Heiterkeit*.)

Albers: Herr Bundeskanzler! Das Thema „Gewerkschaft“ sollten wir nicht zu heiß anpacken. Daß es angepackt wird, halte ich für notwendig. Wir haben von den Sozialausschüssen im Juli eine Meinung zu dieser Frage verbreitet.¹⁹ Worauf wir Wert legen, wäre, das durchzuführen, was wir in Königswinter beschlossen haben, nämlich einen christlichen Arbeiterkongreß im Laufe der nächsten Zeit. Das ist der entscheidende Punkt. Das müßte herausgestellt werden. Sie dürfen davon überzeugt sein, daß die Vorbereitungen zu dieser Veranstaltung mindestens noch ein halbes Jahr in Anspruch nehmen. Es sind noch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Die Schwierigkeiten kommen in erster Linie von den Leuten aus dem evangelischen Raum, die das Thema „Gewerkschaft“ überhaupt nicht angesprochen haben wollen.

Ich sage nicht, daß wir das Thema „Gewerkschaft“ nicht ansprechen sollen, aber aus allgemeinen politischen Gründen und auch aus parteipolitischen Gründen halte ich es für richtig, daß wir es nicht so anpacken, daß das, was wir beabsichtigen, von vornherein zerschlagen wird.

Meyers: Ich möchte vorschlagen, daß am besten Herr Albers das selbst macht. (*Albers*: Ich wünsche nur, daß der Herr Bundeskanzler die Frage „christlicher Arbeiterkongreß“ von sich aus aufnimmt; denn er ist die authentische Stelle der Partei.) Zu dem anderen Thema folgendes: Nach dem Statut von Stuttgart sind wir verpflichtet, drei Ordnungen zu erstellen: 1. eine Geschäftsordnung, 2. eine Ehrengerichtsordnung und 3. eine Finanzierungsordnung; dazu noch am Rande die

¹⁹ Auf der Tagung des Hauptvorstandes der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft am 11./12. Juli 1958 in Königswinter. Vgl. FAZ vom 14. Juli 1958 („Arbeiterkongreß beschlossen“) und 16. Juli 1958 („Christliche Arbeiter“).

Richtlinien für die Aufstellung der Bundestagskandidaten. Hierfür brauchen wir eine Kommission. Ich lasse aber diesen Punkt einmal weg.

Wir sind an der ruhigen Arbeit gehindert gewesen. Die Bundesgeschäftsstelle war so angespannt, daß sie nicht diese Ordnungen ausarbeiten konnte. In der Zeit während des Bundestagswahlkampfes sind zwei Entwürfe zur Geschäftsordnung gemacht worden. Aus diesen beiden Entwürfen ist ein Compositum mixtum entstanden. Dieses Compositum mixtum ist von der Bundesgeschäftsstelle, insbesondere von Herrn Müllerbach, hergestellt und den Landesgeschäftsführern vorgetragen worden, die ihrerseits dann eine Kommission eingesetzt haben, die in mehreren Sitzungen diesen Entwurf beraten hat. Dieser Entwurf ist vervielfältigt worden, so daß er heute nachmittag dem Parteiausschuß gegeben werden kann.

Der Parteiausschuß soll Ende Oktober/Anfang November darüber beraten. In der Geschäftsordnung sind Punkte enthalten, die teilweise eine Erweiterung des Statuts bedeuten. Wir wollten aber nicht das Statut von Stuttgart in einigen Teilen ändern, sondern erst einmal die Geschäftsordnung beraten lassen, um zu hören, was der Parteiausschuß will. Dann könnte sie auf dem nächsten Parteitag bestätigt werden. Beim umgekehrten Wege würden wir uns ständig in einer Statutenänderung befinden.

Die Geschäftsordnung hat 57 Paragraphen und ist in folgende Unterabschnitte gegliedert:

I. Mitgliedschaft, II. Gliederung, III. Vereinigungen und Ausschüsse. Bis jetzt ist völlig ungeklärt, was Vereinigungen in der CDU sind. Sie stehen zwar im Statut und haben für sich immer eine selbständige Stellung beansprucht, und zwar mit Recht, aber wir müssen zu umschreiben versuchen, wie ihr Verhältnis zur Union ist. Wenn ich z.B. die Sozialausschüsse herausgreife, so haben wir diese Sozialausschüsse als Vereinigung, aber wir haben auch einen Sozialausschuß als Ausschuß. Es müßte klargestellt werden durch unsere Geschäftsordnung, wie ist das Verhältnis einer Vereinigung zu den Ausschüssen und das Verhältnis der Ausschüsse und der Vereinigungen zur Gesamtpartei. IV. Wahlen und Abstimmungen. Hier wird für die Gesamtpartei eine Regelung gesucht. Im Landesverband Schleswig-Holstein muß z.B. bisher anders abgestimmt werden als im Landesverband Baden-Württemberg. Hier wird eine einheitliche Ordnung für die gesamte Union vorgeschrieben. Dann können keine Schwierigkeiten mehr aus dem Technischen heraus vorkommen. V. Parteitage (Delegiertenversammlungen, Mitgliedervollversammlungen). Hier wird versucht, eine geschäftsordnungsmäßige Regelung für alle Parteigremien zu finden und sie nunmehr für die Union in allen Stufen festzusetzen.

Das Ganze ist ein Diskussionsentwurf. Die Mitglieder des Parteiausschusses können ihn mit nach Hause nehmen und ihn dann überdenken, damit wir bei der nächsten Sitzung des Parteiausschusses fruchtbare Arbeit leisten können. Es muß eine mehrtägige Parteiausschußsitzung sein. Die Ehrengerichtsordnung ist noch nicht soweit. Für die Finanzierungsordnung ist noch kein Entwurf vorgesehen, weil die Frage der Finanzierung noch nicht geklärt ist. Die Geschäftsordnung muß vom

Bundesparteiausschuß gemacht werden. Das steht im Statut. Damit er sich damit befassen kann, müssen die Mitglieder heute nachmittag die Unterlagen bekommen. In der nächsten Sitzung des Parteiausschusses soll also ausgiebig beraten werden.

Dichtel: Diese Geschäftsordnung ist sehr wichtig! Es wäre für die Zukunft unbedingt notwendig, daß die Landesverbandsvorsitzenden über alle solch wichtigen Fälle rechtzeitig vorher informiert würden. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Stoltenberg: Die Frage des Parteiengesetzes wird eine gewisse Rolle spielen, da von der Bundestagsmehrheit erklärt wird, daß diese Frage demnächst den Bundestag beschäftigen wird. Man kann infolgedessen eine innerparteiliche Diskussion über die Situation der Partei nicht losgelöst von der Thematik des Parteiengesetzes führen. Auf der anderen Seite ist damit eine Reihe von schwierigen und heiklen Fragen verbunden, die die Junge Union in Konstanz sehr stark beschäftigt hat. Es wäre falsch, diese Dinge unausgesehen vor dem Parteitag zu behandeln. Ich habe einen Antrag der Jungen Union eingebracht, der vorschlägt, der Parteitag möge beschließen, daß Vorstand und Fraktion gebeten werden, eine gemeinsame ständige Kommission einzusetzen, die für die Partei in Zusammenarbeit mit der Regierung alle Fragen des Parteiengesetzes behandelt. Um die Diskussion zu vereinfachen, würde mir daran liegen, daß dieser Antrag auf jeden Fall zur Abstimmung kommt und nicht zu denjenigen Anträgen kommt, die dem Parteiausschuß überwiesen werden. Die Bildung einer solchen Kommission ist sachlich eine absolute Notwendigkeit.

Meyers: Ich werde diese Frage in meinem Bericht ansprechen müssen. Ich halte es für zweckmäßig, einen solchen Arbeitskreis zu bilden, weil sonst der Eindruck entsteht, daß wir uns mit dieser Frage nicht befassen, während die SPD im Augenblick dabei ist, einen Entwurf für ein Parteiengesetz zu machen. Wir sollten uns da nicht in die Defensive drängen lassen. Die Kommission von Herrn Schröder mit den Professoren hat schon eine gute Vorarbeit geleistet.²⁰ Herr Albers hat mich schon vor langer Zeit gebeten, einen Entwurf für ein Parteiengesetz zu machen. Aber Sie wissen ja, daß dazu viel Zeit gehört. (*Schröder:* Wer ist für die Kommission vorgeschlagen? Dann kann man sich schneller verständigen. – *Stoltenberg:* Ich würde vorschlagen, diese Frage nicht auf dem Parteitag anzuschneiden, sondern Bundesvorstand und Fraktion sollten beschließen, die Kommission sofort zu bilden.)

Adenauer: Herr Meyers, worüber werden Sie am Freitag sprechen?

Meyers: Ich werde nicht etwa die Termine der Vorstandssitzungen oder derartige formelle Dinge behandeln, sondern über den Ablauf der Berichtszeit etwas sagen. Ich werde über die Bundestagswahl und die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sprechen; dann auch etwas sagen zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über

20 Eine im Jahre 1955 gebildete Kommission aus 17 Professoren hatte im August 1957 ein Gutachten unter dem Titel „Rechtliche Ordnung des Parteiwesens“ vorgelegt (Probleme eines Parteiengesetzes. Bericht der vom Bundesminister des Innern eingesetzten Parteienrechtskommission. Frankfurt a.M./Berlin 1957), das die Grundlage für den Regierungsentwurf im Jahre 1959 bildete.

die Parteienfinanzierung. Dann werde ich sprechen über die Frage der Mitgliederpartei oder Wählerpartei. Und dann werde ich überleiten und sagen, warum dieser Parteitag der inneren Ordnung gewidmet ist. Damit haben wir den Anschluß an das Referat Gerstenmaier.

Adenauer: Damit füllen Sie aber keine dreiviertel Stunden aus. Sie sollten auch etwas von der Ehrengerichtsordnung sagen. (*Meyers:* Das gehört mit dazu. Wir müssen diese Frage streifen, z.B. den Fall Hagemann²¹, ohne den Namen zu nennen, der Aufsehen erregt hat.) Auch den Fragenkomplex, den Herr Scheufelen angeführt hat? (*Scheufelen:* Aktivierung von Ausschüssen!) Und die Verbindung zwischen den Landesparteien und der Bundespartei! (*Meyers:* Dazu werde ich auch etwas sagen!) Ich habe mich übrigens mit Herrn Fanfani über Parteiorganisation ausführlich unterhalten, auch über die Frage „Wählerpartei oder Mitgliederpartei“. Er hat mir gesagt, die Democrazia Cristiana habe 1,4 Millionen Mitglieder. Was ich jetzt sage, müssen Sie richtig verstehen! Er hat aber gesagt, diejenigen Teile eines Volkes, die weniger fortgeschritten seien, die legten Wert auf die Mitgliedschaft. (*Meyers:* Darum haben wir so wenig! – *Heiterkeit.*) Ich habe ihm für das Kompliment gedankt! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Er hat Ziffern angegeben über die Mitgliederzahlen in Oberitalien und Unteritalien. In Unteritalien gehen diese Ziffern auf das Dreifache hinauf. (*Meyers:* Ganze Dörfer sind Mitglied! – *Weber:* Bezahlen die auch etwas? – *Meyers:* Sie sind teilweise sehr arm!)

Wird noch weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir sind jetzt Gäste des Herrn von Hassel. (*Von Hassel:* Es ist vorgesehen, daß sich der Bundesvorstand gleich im Hotel Bellevue zu einem Imbiß trifft.) Ehe wir auseinandergehen, möchte ich noch fragen: Was sollen wir über die heutige Vorstandssitzung der Presse sagen? (*Krone:* Gar nichts!) Es gibt aber gewisse Dinge, die bekanntwerden, z.B. der Brief von Herrn Kaiser. (*Meyers:* Er ist den Presseleuten bereits bekannt. Ich meine die Tatsache, nicht den Inhalt.) Was sollen wir darüber sagen! Ich bin nicht dafür, einen so persönlichen Brief wörtlich der Presse zu geben. (*Wuermeling:* Er wird doch auf dem Parteitag verlesen!)

Gradl: Sie verlesen den Brief auf dem Parteitag. Ich bin der Meinung, wir sollten ihn nicht vorher bekanntgeben. Die Tatsache als solche ist bekannt. Mehr brauchen wir nicht zu sagen.

Kraske: Er ist nicht exakt bekannt, aber es wird überall darüber gerätselt. Es ist besser, wenn wir mit einer klaren Formulierung sagen: Es ist ein solcher Brief da, und er wird auf dem Parteitag bekanntgegeben. Das scheint mir besser zu sein.

Adenauer: Ich würde sagen, daß Herr Kaiser mir als dem Ersten Vorsitzenden einen Brief geschrieben hat mit der Bitte, diesen Brief dem Parteitag bekanntzugeben.

21 Vgl. Nr. 3 Anm. 82.

Gradl: Ich habe folgende Überlegung: Es ist sehr erfreulich, daß wir zum ersten Mal auf einem Bundesparteitag alle Delegierten zu einer Art geselligem Beisammensein zusammengerufen haben. Ich weiß, daß das in Delegiertenkreisen mit großer Freude aufgenommen worden ist. Nun sehe ich heute in dem Schreiben, das in der Mappe liegt, daß jeder DM 12,- für den Ausflug mit dem Schiff bezahlen soll. Bei allem Verständnis für die Finanzierungsschwierigkeiten ist das für viele Delegierte, die mit DM 12,- rechnen müssen, eine Enttäuschung. Ich frage mich, ob es im Sinne des ganzen Unternehmens liegt, daß man dadurch von vornherein einen Teil der Delegierten ausschließt.

Kraske: Es war bei der gegenwärtigen Situation völlig unmöglich, diese Fahrt in unsere Finanzierung mit hineinzunehmen. Der Parteitag kostet uns auch so noch erheblich viel Geld. Ich habe diesem Vorschlag skeptisch gegenübergestanden und habe die Landesgeschäftsführer gefragt, wie reagieren eure Delegierten. In diesem Kreise bestanden keine Bedenken, sondern man sagte, man solle das machen. Ich sehe also Ihre Bedenken nicht ganz so groß an. Sie sind zweifellos da, aber es ist nichts anderes zu machen. Selbst die Junge Union nimmt von ihren Mitgliedern solche Beiträge.

Albers: Wenn Sie DM 12,- verlangen, dann wird die Hälfte der Delegierten – ich spreche nicht von den Gastdelegierten – nicht dabei sein.

Adenauer: Ich fürchte das auch; dann gehen die Leute lieber in eine Kneipe und verzehren da DM 12,-.

Von Hassel: Ich bin an der 12-Mark-Geschichte nicht beteiligt. Diese Fahrt ist aber ein sehr schönes Erlebnis, wobei es nicht möglich ist, alle Delegierten mitzunehmen, weil das Schiff nicht groß genug ist. Wenn jemand die DM 12,- nicht bezahlen kann, dann werden wir schon eine Lösung finden, daß ihm vom Lande Schleswig-Holstein aus die Hälfte erstattet wird. Wäre das eine Lösung, Herr Kollege Albers? (*Albers:* Ja!)

Die Teilnehmer verlassen das Sitzungszimmer.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß Sie die Sitzung aufgelöst haben! (*Heiterkeit.*)